

# Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in Buchbindungen der „Volksrecht“, Neue Braunstraße Nr. 6 und Neue Zeilstraße 140, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen. — Bezugpreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,10 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

### Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

**Anzeigenpreis:** Je 20 Zeilen für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verträge, Verleumdungen und Bedrohungen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das selbe Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Redaktion (Neue Zeilstraße 140) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

## Schlesische Alldutsche.

### Wer hält in Breslau zu dem Berliner Putschistenhäuptling?

Zum großen Verger der Zeitungen und Abgeordneten der Rechtsparteien ist bekanntlich die Untersuchung der Berliner Polizeiüberneuerer rechtstradikale Umtriebe gegen die Republik nicht ganz ohne Rechtsfolgen geblieben. Wenigstens gegen einige der putschistischen alten Offiziere und ihrer Gönner hat der Oberreichsanwalt die gerichtliche Untersuchung eröffnet. Von bekannten Politikern war, wie erinnerlich, am stärksten belastet neben dem deutschnationalen Abgeordneten und Großindustriellen Hugenberg und dem inzwischen abgesetzten bisherigen Bürgermeister von Lübed (und gleichzeitigen Aufsichtsratsvorsitzenden im Hugenberg-Konzern) Dr. Neumann der Vorsitzende des Alldutschen Verbandes, Justizrat Claf. Aber nicht erst in diesem Zusammenhang mußte sich der Eindruck befestigen, daß der Alldutsche Verband das Zentrum aller rechtstradikalen Diktaturbestrebungen ist. Schon in der kritischen Inflationszeit war ja einiges über den Besuch des genannten alldutschen Bundesvorsitzenden beim General von Seeck bekannt geworden, bei dem Herr Claf, wie nie abgeleugnet, gleichfalls Diktaturpläne in Anregung gebracht hatte.

Angesichts dieser Tatsachen ist es vielleicht nicht unlohnend, sich einmal die Organisation dieses rechtstradikalen Diktaturpolitikers näher anzusehen. Uns in Schlesien interessiert dabei speziell natürlich die Frage, wer denn eigentlich unter unseren engeren Landsleuten so extrem rechtstradikalen Organisationen angehört. Mühen wir doch damit rechnen, daß im Falle einer Verwirklichung der Diktaturpläne dann die führenden Leute solcher Organisationen bei uns das Heft ganz in die Hände bekommen. Ein Zufall hat nun anscheinend ein Vorstandsmitglied der Breslauer Alldutschen veranlaßt, uns das Mitglieder-Verzeichnis seines Verbandes zuzuschicken. Wir nehmen an, daß er mit uns der Meinung ist, die Diktaturpolitik werde sich aus den angegebenen Gründen dafür interessieren, und geben daher gern einige charakteristische Namen aus der Liste der eingeschriebenen Rechtstradikalen des Clafverbandes bekannt.

Von bekannten Parteipolitikern finden wir nur Männer des rechten deutschnationalen Flügels und der verschiedenen völkischen Gruppierungen unter den schlesischen Alldutschen: Den Abgeordneten Freih. v. Freytag-Horinghoven, den in den Vaterländischen Verbänden tätigen Prof. Max Koch, Prof. Semmler, Direktor Goltz von der „Tagespost“, Sanitätsrat Schiller, den Prinzen Lippe und den Stadtverordneten Prof. Scholz, dazu die Breslauer Häupter der Völkischen, Dr. Nieber, Niedergesäß, Friedrichsdorf usw., während schon der sachlicher orientierte Teil der Breslauer Deutschnationalen fehlt, und die Volkspartei, so weit wir schon ganz unvertreten ist. Nicht überraschen können hier die Namen rabiaten alter Offiziere wie des Generalmajors a. D. Jablonsky, eines Oberstleutnants a. D. Lechow oder des in Breslau so wohlbekannten Obersten a. D. Schwerk usw. Auffälliger ist schon die Beteiligung einiger prominenter Unternehmer wie Bankier v. Eichhorn, Kaufmann Cornel Grzimek, Druckereibesitzer Friedrich und Druckereibesitzer Gutschmann, sowie des in der Firma Giesche einflussreichen Geheimrats Gans. Kopfstücken aber wird die Liste der im öffentlichen Dienst stehenden Beamten erweiden, die sich nicht scheuen, als eingeschriebene Mitglieder den Verband des rechtstradikalen Putschjustizrats zu unterstützen. Wir finden da den Breslauer Landesoberhauptmann Dr. von Thäer, den Breslauer Stadtrat Dr. Tobler, Oberpostdirektor Graf. Postrat Rose, Volkzeitung Dr. Werber, Obertelegraphendirektor Dr. Lange, Regierungsrat Waslos, eine Anzahl Regierungsbaumeister u. a. m. Erwähnenswert ist auch die Zahl der Alldutschen organisieren Richter, von denen wir Landgerichtsdirektor Furbach, Landgerichtsrat Heinze, Amtsrichter Gasse, Amtsgerichtsrat Riemer, Landgerichtsdirektor Studemund, Landgerichtsdirektor Soehngen, Oberlandesgerichtsrat Schöck nennen. Selbstverständlich ist auch die Kirche — allerdings nur

die evangelische! — im Kreise der Gewaltpolitiker gegen das eigene Volk nicht unvertreten, wobei Oberkonsistorialrat Bender die Liste eröffnet.

Wir glauben, diese Namen sprechen für sich. Wer sie liest, weiß genauer als bisher, wo die Diktaturpolitik in Schlesien ihre Stützen hat, wer ihre Träger sind, und wer mit ihr in die Höhe zu kommen hofft. Was im Namen des alten Friß oder Hermanns des Cherusters gepredigt wird, soll Leuten zugute kommen wie den genannten. Wir glauben, es genügt vorerst, diese Cherustergestalten einmal genauer bezeichnet zu haben, damit manches vom Nimbus des völkischen Diktaturgedankens in Schlesien zerflattert. Auch vom Nimbus einzelner der genannten Leute, die als Richter, hohe Beamte usw. nach außen gern Ueberparteilichkeit martieren, dürfte damit allerdings der eine oder andere Edelstein abfallen. Welche Zusammenhänge ergibt allein der Name des Landeshauptmanns v. Thäer in der Reihe der organisierten Rechtstradikalen.

### Der Potemkin-Film verboten!

Das Reich gegen die preussische Erlaubnis.

Die Filmoberprüfstelle hat sich am Montag mit dem Antrag der preussischen Landesregierung und der preussischen Regierung auf Verbot des Potemkin-Films beschäftigt. Diese Anträge wurden von den Vertretern des Reichswehrministeriums unterstützt, während sich das Preussische Innenministerium gegen ein Verbot aussprach. Die Oberprüfstelle hat nach längerer Beratung die bisherige Zulassung des Films widerrufen. Damit ist der Potemkin-Film für ganz Deutschland verboten.

Diese Entscheidung der Filmoberprüfstelle ergeht unzweifelhaft im Gegensatz zu dem klaren Wortlaut des Gesetzes, wonach ein Film nicht wegen seines politischen Inhaltes verboten werden darf. Der Film hatte bereits einmal der Oberprüfstelle vorgelegen. Eine ganze Reihe von Streichungen waren im Film erfolgt, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß einzelne Szenen „verworfen“ würden. Den Gesamtfilm zu verbieten, hatte sich aber auch die Oberprüfstelle nicht entschließen können. Diesmal ist aber von der gesamten reaktionären Presse derart vorgetrieben worden, daß die Weisung schon aus parteipolitischen Gründen sich für das Verbot ausgesprochen. Dadurch wird eine ganz unmögliche Situation geschaffen. Die verfassungsmäßig garantierte Freiheit der Propaganda in Wort, Schrift und Bild wird hier von einer untergeordneten Instanz mit einem Federstrich befristet. Niemand hat es bei der Durchführung des Potemkin-Films Absehen gegeben. Der Film ist nach dem Urteil aller, auch rechtserhebender, Kreise ein erstklassiges Kunstwerk. Trotzdem erfolgt das Verbot: angeblich ist „der Saal in Gefahr“. Mit dieser Begründung kann sich niemand zufrieden geben, dem die Erhaltung Deutschlands als eines Rechtsstaates am Herzen liegt. Die Konsequenzen eines solchen, aus parteipolitischen Fanatismus geborenen Entschlusses sind unabsehbar. Man braucht nur daran zu denken, daß uns ein Schund- und Schmutzgesetz bevorsteht, das in gleich empfindlicher Weise Verbote erlassen kann. Schillers „Kabale und Liebe“, „Wilhelm Tell“, Hauptmanns „Weber“ wären unmöglich gewesen, wenn solche Zensurstellen damals bereits bestanden hätten. Die Filmoberprüfstelle wird mit ihrem rechtswidrigen, rein parteipolitischen Verbot nur eine ungeheure Propagandaverweigerung gegen die Propaganda in Wort, Schrift und Bild erzeugen. Auch der Reichstag kann an diesem Skandal nicht vorbeigehen.

### Das neue „Verhandlungs“-Angebot der Hohenzollern von Preußen abgelehnt.

Auf das bekannte Schreiten des Generalverwalters des Hohenzollernhauses an die Preussische Staatsregierung, wonach die Hohenzollern bereit seien, auf Grund des bekannten Vergleichs zwischen Preußen und den Hohenzollern in neue Verhandlungen einzutreten, hat die Preussische Staatsregierung beschlossen, ablehnend zu antworten und zu erklären, daß dieser Vergleich keine geeignete Grundlage für Verhandlungen sei. Die Angelegenheit des Wortlauts der Antwort ist dem preussischen Reichsminister Höpker-Wiesell übergeben worden. Wie wir von unparteiischer Seite erfahren, wird die Antwortschreiben der Staatsregierung noch im Laufe dieser Woche abgehen. Es wird unmissverständlich darauf hingewiesen, daß Verhandlungen zwischen Preußen und den Hohenzollern nur dann möglich sein würden, wenn die Hohenzollern sich entschließen könnten, in ganz anderer Weise als bisher bei ihren Verhandlungsangeboten dem Willen der Völkischen Rechnung zu tragen. Eine solche „lächerliche Fäulnis“ hat man aber bisher vergeblich erwartet und wird man auch wohl in Zukunft abgelehnt werden müssen.

### Bestätigung der Todesurteile im Fememord Banner.

Wieder Ausschluß der Deffentlichkeit und Verdunkelung der Verantwortung für die Tote!

Leipzig, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Revisionsverhandlung des Fememordes Banner verurteilte der zweite Strafsenat des Reichsgerichts nach 24stündiger Beratung unter Ausschluß der Deffentlichkeit, die Verurteilung der Revision sämtlicher Angeklagten. In der ausführlichen Begründung führte der Vorsitzende unter anderem folgendes aus:

Die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes sei nicht gegeben gewesen, da ein Verstoß gegen das Gesetz zum Schutze der Republik nicht vorliegen habe. Es sei nicht erwiesen, daß laut ihrer Verfassung die Arbeitskommandos den Verurteilten mit dem Tode bestrafen und daß sie sich im Besitze von Waffen befunden hätten. (1) Außerdem sei nach Aufhebung des Staatsgerichtshofes die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte wieder hergestellt. Der Ausschluß der Deffentlichkeit sei zu Recht erfolgt, da bei Ausbleiben eines Befehdes seitens des Ministeriums des Inneren das Gericht verpflichtet gewesen sei, selbständig die Frage des Ausschlusses der Deffentlichkeit zu prüfen. Ebenso sei die Nichtzulassung des Verteidigers Obuch zu Recht erfolgt. Die Vollmacht der Frau habe nicht genügt. Ein Beweisantrag sei überhaupt nicht gestellt worden. Die Angeklagten könnten sich auch nicht darauf berufen, daß sie auf Befehl gehandelt hätten. Was für die unruhige Zeit des ober-schlesischen Grenzgebietes gegolten haben könnte, habe keine Geltung für eine friedliche Zeit, in der der Mord geschehen sei. Die Angeklagten wußten, daß sie einem Befehl, ein bürgerliches Verbrechen zu begehen, nicht nachkommen durften. Ebenso sei festgestellt, daß Leutnant Bomm kein Ansehen mißbraucht habe, um seine zögernden Leute zur Tat zu veranlassen.

Der Tatbestand, der dem Beschluß zugrunde liegt, ist der folgende:

Leute aus einer Formation der Schwarzen Reichswehr haben den Bäder Banner ermordet. Die Strafkammer des Herrn Bombe verhandelte unter Ausschluß der Deffentlichkeit gegen die Täter. Das Urteil rief einen allgemeinen Schrei der Empörung hervor. Die Täter, die als Werkzeug auf Befehl gehandelt hatten, wurden zum Tode verurteilt. Der Begünstiger erhielt mildernde Umstände aus vaterländischen Motiven. Als ob man aus vaterländischen Motiven morden dürfe! Die Spuren nach oben aber gingen verloren. Die wahren Befehlshaber konnte man ahnen. Die Gerichtsverhandlung hat in das verruchte System der Fememorde kein Licht gebracht. Die Deffentlichkeit war ausgeschlossen.

Das Gericht, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bombe, hatte den Beschluß, die Deffentlichkeit auszuschließen, gegen den klaren und übereinstimmenden Willen der Reichsregierung und der preussischen Regierung gefaßt. Herr Bombe und seine Richter haben Politik getrieben auf eigene Faust. Sie haben sich ein sachverständigeres Urteil darüber, was den außenpolitischen Interessen des Reiches abträglich sei, angeeignet, als der Reichsminister des Inneren. Sie haben ihre Aufgabe darin erblickt, das System der Schwarzen Reichswehr und seine verbrecherischen Auswüchse, die jeder im Ausland besser kennt, als die meisten Deutschen, mit dem Schleier des Staatsgeheimnisses zu bedecken. Die Deffentlichkeit hat es nach diesem Prozeß als die vornehmste Aufgabe des Reichsgerichts angesehen, die Verhandlungen in aller Deffentlichkeit neu aufzurollen und dem deutschen Volke vollen Einblick in die Zusammenhänge eines verruchten, zum Fememord führenden Systems zu geben. Hat doch die Reichsregierung erklärt, daß die Deffentlichkeit einen Anspruch auf volle Kenntnis der Zusammenhänge habe. Das Reichsgericht hat den Erwartungen der Deffentlichkeit nicht entsprochen. Es hat beim Beginn der Revisionsverhandlung die Deffentlichkeit abermals ausgeschlossen. Es hat sich dabei — klassische Begründung — auf die Gründe der Vorinstanz berufen.

Dieser zweite Ausschluß der Deffentlichkeit im Bannerprozeß wird den Verdacht im Volke bestärken, daß in geheimer Verhandlung die Werkzeuge des Fememordes, die auf Befehl gehandelt haben, abermals schwer getroffen werden, während die Spuren nach oben zu den Befehlshabern des Verbrechens nur eben im Dunkel bleiben sollen. Ein schwarzer Schlag gegen das Ansehen des obersten Reichsorgans konnte nicht gefahrlos werden. Der Beschluß des Strafsenats des Reichsgerichts, die Deffentlichkeit im Fememordprozeß auszuschließen, ist ein Mißbrauch



der richterlichen Vorrechte, die sich gegen die amtliche Aufsicht des Reiches, gegen das internationale Ansehen des deutschen Volkes, richtet.

Aufs neue wird das System der Memoranden und das Verhalten der deutschen Justiz zu diesem System den Reichstag beschäftigen müssen. Es geht nicht an, daß durch solche Beschlüsse das Rechtsempfinden des Volkes so gekränkt wird, daß am Ende nur noch ein Schrei sein wird: Es gibt kein Recht mehr in Deutschland!

### Gemeindewahlen im Saargebiet.

Ungünstige Folgen der Frankeninflation für die Mittelparteien. Saarbrücken, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Bei einer Wahlbeteiligung von kaum 50 Prozent in der Großstadt Saarbrücken und dagegen einer auf dem Lande fast 80 Prozent erreichenden Wahlbeteiligung bei den am Sonntag stattgefundenen Gemeinderats- und Kreisstadtwahlen im ganzen Saargebiet ergab sich als Folge der Frankeninflation eine Stärkung der extremen Flügelparteien, die den Kommunisten einen auch zahlenmäßig bedeutsamen und den Deutschen einen dagegen nur relativ zu bewertenden Erfolg brachten. Indessen erzielte die Abwanderung nach ganz links und ganz rechts lediglich auf Kosten der sogenannten bürgerlichen Mittelparteien: des Zentrums und der Volkspartei, während die Sozialdemokraten meist nicht nur ihre Mandatsziffer zu behaupten wußten, sondern in verschiedenen Orten Stimmen- und Mandatszuwachs verbuchen konnten. Der Ruf nach links, den auch schon die Wahlen zum Saarländischen Landesrat 1924 aufwiesen, hat sich seitdem noch verstärkt. Die Sozialdemokraten vermochten nicht nur in Gemeinden, in denen sie seit der Revolution eine sozialistische Mehrheit hatten, ihre Mandatsziffer reiblos zu behaupten, sondern in einer ganzen Reihe von Gemeinden wurden Linksmehrheiten gewonnen, die entweder aus Sozialdemokraten und Kommunisten oder aus Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten oder aus beiden proletarischen Parteien unter Hinzuziehung einer sogenannten Arbeiterliste gebildet wurden.

### Hindenburg hat den Amerikanern zu ihrer Revolution gratuliert.

Anlaßlich des Festes der 150. Wiederkehr des amerikanischen Unabhängigkeitstages hat zwischen dem deutschen Reichspräsidenten und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten folgender Telegrammwechsel stattgefunden: „Zur 150. Wiederkehr des Tages, an dem die Vereinigten Staaten von Amerika ihr staatliches Leben begonnen haben, beehre ich mich, Ihnen Herr Präsident und dem amerikanischen Volke meine und des deutschen Volkes aufrichtigste Glückwünsche auszusprechen. (gez.) v. Hindenburg, deutscher Reichspräsident.“

Die Antwort des amerikanischen Präsidenten lautet: „Euer Excellenz beehre ich mich, meinen und meiner Landsleute wärmsten Dank für die Glückwünsche auszusprechen, die wie aufrichtigste begrüßt haben. (gez.) Calvin Coolidge.“

Der Unabhängigkeitstag ist bekanntlich der Gedenktag der amerikanischen Revolution gegen den König von England. Wenn Revolutionen 150 Jahre alt sind, erscheinen sie jedermann als geschichtliche Notwendigkeiten.

### Die deutsch-polnischen Wirtschafts-Verhandlungen.

Wie in Berlin mitgeteilt wird, umfassen die am 19. Juli beginnenden deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen sowohl Zolltarif, wie auch Niederlassungsfragen. Polen hatte ursprünglich die Absicht, lediglich Zollfragen zu erörtern. Da die deutsche Regierung aber zur zweiten Sitzung des Zolltarif nicht bereit war, bevor nicht die Niederlassungsfragen in Angriff genommen seien, erklärte sich Polen nunmehr mit der Erörterung beider Fragen einverstanden.

### Ministeranfrage in Oesterreich?

Wien, 12. Juli (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialdemokraten haben am Montag im Nationalrat einen Antrag eingebracht, gegen den Bundeskanzler und alle Mitglieder der Regierung eine Vorlage wegen Verletzung der Verfassung zu erheben. Diese Vorlage wird darin erblickt, daß die Regierung der vertriebenen christlichsozialen Zentralbank ohne verfassungsmäßige Genehmigung 60 Millionen Schilling staatliche Gelder überwiesen hat, ohne auch nur vorher den Obersten Rechnungshof in Kenntnis zu setzen und ohne hinreichende Bürgschaften für eine zweckmäßige Verwendung des Geldes zu verlangen. Fehlt der Antrag im Parlament eine Mehrheit, so hat verfassungsgemäß der letzte Erbes der Staatsgerichts über die Verfassungswahrung zu entscheiden.

## Der Bürge.

Roman von Th. S. Hell Geine.

100] „Ich will lieber sterben.“ sagte Sunlods, als ihm die Nachricht gebracht wurde, denn mein Leben hat doch keinen Wert mehr. Soll ich aber leben, so laßt mich hier leben. Ich bin blind, und alles, was ich bedarf, ist Luft und Wasser.“

Die Kunde von Michael Sunlods' Verhaftung erfüllte die Bewohner von Reusjavit mit Jara und Schrecken — doch das half nichts. Am folgenden Tage wurde Michael Sunlods zwischen vielen Wachen gegen die Backing-Sand-Wälle eingeschlossen. Eine große Menge wurde für die Wachen, der ihn umschloß.

„Lebt wohl!“ sagte Michael Sunlods einfach. „Obwohl auch meine Augen nicht sehen, so trag ich doch eher die Hand an mein Herz, und nur der Tod allein kann es mit mir machen. Barmherzigkeit, was ihr mir zu vergeben habt, denn dies ist meine letzte Barmherzigkeit.“

Von seinen Anhängern waren alle in einem Augenblick nicht zugegen. Die waren durch ihre eigenen Pläne ganz in Anspruch genommen.

In Grimnes wurde Michael Sunlods einem hochbetagten, alten Geistes, namens Jansson, als Geiselsänger angeschlossen. Der aber ausbreitete gerichtlich: „Was ist mit ein Mörder?“

Zuletzt wurde Sunlods der Däner des Reiches der Insel anvertraut. Dieser sollte ihn in sein Haus aufnehmen, ihn nähren, ihn heilen, ihn auspassen und wiederum im Lager des Geiselsängers über ihn Bericht erstatten. Für diese Dienste sollte er von Staats jährlich hundert Kronen erhalten.

So war denn also Michael Sunlods von aller Weltverfolgung abgeschnitten. Er brauchte nicht eingesperrt zu werden. Die Straße des ihm erlaubten Reiches war die Straße. Aber er war ja blind und durfte nicht gehen, damit keine bösen Leute seinen Namen hören, ohne seinen Namen zu hören. Aber sein Name sollte nicht in den Händen der Polizei stehen. Der Kaiser, sein Reich, war niemand anders als ein großer Mann, der von jeder Verfolgung lange Jahre lang abgeschnitten war, weil er den Geiselsängern keine Arbeit gab. Und er war ein Mann, der von jeder Verfolgung abgeschnitten war, weil er den Geiselsängern keine Arbeit gab. Und er war ein Mann, der von jeder Verfolgung abgeschnitten war, weil er den Geiselsängern keine Arbeit gab.

## Die neue Drahtseilbahn auf die Zugspitze.



Deutschlands höchstem Berg, wurde mit einer Feier ihrer Bestimmung übergeben. Unter großen Schwierigkeiten konnte das einige Jahrzehnte alte Projekt, den Riesenberg durch eine Bahn einer breiteren Allgemeinheit zu erschließen, durchgeführt werden. Die Zugspitzbahn liegt auf der bayerischen Seite des Berges und stellt eine kurze, wenn auch sehr steile Linie dar. Die Baukosten für die Bahn beliefen sich auf zwei Millionen Schilling.

### Das französisch-englische Schuldenabkommen unterzeichnet.

Genève über noch neuer Frankenkurs! London, 12. Juli. (Eig. Draht.) Die Verhandlungen zwischen Churchill und Caillaux haben im Laufe des Montags den erwarteten schnellen Abschluß gefunden. Caillaux hatte mit Chamberlain lediglich zwei Unterredungen. In den späten Abendstunden wurde eine amtliche Meldung ausgegeben über die endgültige Regelung der französischen Kriegsschuldenfremdungen und die Unterzeichnung des entsprechenden Abkommens durch die beiden Finanzminister. Der schnelle Verlauf der Londoner Verhandlungen und die Abwesenheit jeglicher Sachverständigen können als weiterer Beweis dafür gelten, daß das Abkommen schon bei der Ankunft Caillaux fertig vorlag und daß es sich bei der Zusammenkunft lediglich um einen formellen Akt handelte. Das Abkommen wird auf Grund einer gemeinsamen Abmachung am Dienstag nachmittags gleichzeitig in Paris und London veröffentlicht. Caillaux kehrt am Dienstag nachmittags 9 Uhr im Flugzeug nach Paris zurück. Er erklärte Pressevertretern, er sei von seinem Londoner Aufenthalt so weit befriedigt, als dies für einen Mann möglich sei, der ein höchst unangenehmes Dokument zu unterzeichnen gehabt habe.

### Paris, 13. Juli 1926. (Eig. Drahtbericht.)

Die Unterzeichnung des englischen Schuldenabkommens durch Caillaux wird von der Presse mit großer Befriedigung vermerkt. Die Blätter versprechen sich von der Unterzeichnung eine günstige Mitwirkung auf die Washingtoner Schuldverhandlungen und eine bedeutende Festigung des Kabinetts Briand. Vom Abkommen selbst werden nur die Hauptlinien bekannt. Danach soll Frankreich an England eine Jahreszahlung von 4 Millionen Pfund leisten und dann 62 Jahre lang weitere Zahlungen bis zur Höchstgrenze von 12 1/2 Millionen Pfund. In mehreren Zusätzen werden die Fragen des „Transfer“ (der Wertübermittlung) und der Garantieklausel für den Fall des Ausbleibens der Deutschland aus dem Daresplan obliegenden Zahlungen in einem für Frankreich bezweckenden Sinne gelöst.

### Paris, 12. Juli. (Eig. Draht.)

Der Frankenkurs hatte am Montag einen neuen Rekordkurs aufzuweisen. Das Pfund Sterling erholte im Freihandel in den Morgenstunden mit 186,

Mag bei Eröffnung des Börsen auf 101, bei Währungsfall auf 1 und nachher auf 187. Man erklärt sich hier über den neuen Kurs des Pfundes durch allenthalben unwahrscheinliche Gerüchte, die an der Börse umgingen, nach welchen die Regierung Brian Caillaux in der bevorstehenden Debatte über die Vollmacht gesetz keine Mehrheit erhalten werde. Die Gerüchte scheinen vollständig unbegründet, da der Erfolg Caillaux in der Frage der Vollmachtsgesetze von seinem Londoner Erfolg abhängt sein wird.

### Neuer Frankenkurs auch in Belgien.

Ein Ermächtigungsgesetz und Notmaßnahmen wie 1925 bei uns. Brüssel, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der belgische Frankenkurs erlebte am Montag einen schwarzen Tag. Während am Freitag, dem letzten Börsentag, das Pfund noch 109 notierte, stieg es am Montag von 115 auf 125 und stieg gar auf 145, als um der drohenden Panik Einhalt zu gebieten die Nationalbank einen amtlichen Pfundkurs von 110 anknüpfte, aber keine Pfunde zu diesem Kurse abgab. Nachher stieg das Pfund auf 128.

Der Ministerpräsident heizet gestern, den Plan der Umwandlung des staatlichen Telegraphen- und Fernsprechwesens in eine Aktiengesellschaft, nach dem Muster der Umwandlung der Eisenbahnen, aber so, daß das Eigentum und Kontrollrecht überwiegend beim Staat bleiben. Angesichts des Frankenkurses nahm der Ministerrat eine Reihe wichtiger Beschlüsse an. Am Dienstag wird die Regierung vor der Kammer für 6 Monate Vollmacht verlangen, um alle notwendigen Maßnahmen zur Regelung des Geldumlaufs, der Zahlungsmittelversorgung und Tilgung des Schuldenfonds zu treffen. Das Graubrot soll zur Pflicht gemacht werden, was eine Getreideerparnis von 170 Millionen Frank bedeuten würde. Der Verbrauch von Luxusartikeln soll stark eingeschränkt werden. Die Eisenbahntarife für Waren sollen um 10 bis 20 Prozent erhöht werden. Sofort nach dem Ministerrat fand eine Konferenz mit Bankleuten statt. Es wurde beschlossen einen Dauer-Ausschuß zu bilden, der vor allem eine strengere Kontrolle des Devisenumlaufes ausüben soll. Am Mittwoch tritt der sozialistische Generalrat zur Beratung der Lage zusammen.

### Die Verfassungskämpfe in Polen.

Keine Mehrheit für die Regierung. Warschau, 12. Juli. (Drahtbericht.) Der Sejm aussschuß für Verfassungsangelegenheiten hat in zweiter Lesung mit den Stimmen der Rechten und der Mitte gegen die Stimmen der Linken und der nationalen Minderheiten die von der Regierung eingebrachten vier Vorlagen über die Verfassungsänderung mit einem Verbesserungsantrag angenommen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Sejmplenium scheint aber nach dem Abstimmungsergebnis des Ausschusses nur für die Vorlage über die Ermächtigung des Staatspräsidenten zur Sejmauflösung zu bestehen. Die Sejmauflösung muß hiernach genau begründet werden und darf nicht zum zweiten Male aus dem gleichen Grunde erfolgen. Neuwahlen müssen einem angenommenen sozialistischen Antrag zufolge, binnen 90 Tagen stattfinden, während die Regierungsvorlage 120 Tage vorläßt. Von dem von der Regierung geforderten Vetorecht des Staatspräsidenten hat der Ausschuß nicht viel übrig gelassen. Aber auch diese beschränkte Form hat im Sejmplenium keine Aussicht auf Annahme. Nach diesen Vereinbarungen begann der Ausschuß über die allerwichtigste Angelegenheit zu beraten, nämlich über die Ermächtigung der Regierung zum Erlass von Verordnungen, sowie über die Erteilung von besonderen Vollmachten an die Regierung bis Ende 1927. Der Justizminister erklärte, dieses Gesetz besäße für die Regierung die allergrößte Bedeutung. Es müsse deshalb unbedingt angenommen werden. Aus den weiteren Ausführungen des Ministers ging hervor, daß die Regierung den Sejm im Oktober für 6 Monate einberufen will. Dann will sie bis Ende der Tagung des gegenwärtigen Sejms mit Hilfe von Verordnungen regieren. Mit den Stimmen der Rechten und der Mitte wurde beschlossen, diese Angelegenheit in einer besonderen Gesetzesvorlage unterzubringen, mit der sich der Ausschuß Dienstag beschäftigen will. Das Sejmplenium wird sich mit der Gesetzesvorlage nicht vor Freitag beschäftigen, da im Sejm die erforderliche Zweidrittelmehrheit hierfür nicht vorhanden ist. Es scheinen sich neue scharfe Konflikte zwischen Regierung und Parlament vorzubereiten.

### Italiens ungezügelter Imperialismus.

London, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ will erfahren haben, daß die italienische Note, in der Italien in London und Paris einen größeren Anteil an der Verwaltung von Tanger fordert, keineswegs eine in freundlichen Worten gehaltene Anregung darstelle, sondern die tatsächliche Regierung habe in London und Paris eine sehr entschiedene Sprache geführt, die tatsächlich auf einen Einflußversuch hinauskomme. Italien habe rundweg erklärt, daß sich die Regierungen im Fernum befinden, falls sie glauben, daß die kolonialen Ansprüche Italiens durch Zuteilung eines Teils von Abyssinien erfüllt werden könnten.

erhab und um sich schaute. Man könnte glauben, dieser Ort sei voller Sonnenchein.“

„Das ist er auch,“ antwortete der Pastor, „und daran ist meine gute Haushälterin Schuld.“

„Ich habe ihren Schritt schon oft gehört. Wer ist sie?“

„Ein armes, junges Weib, das kürzlich ihren Gatten verloren hat.“

„Jung?“ sagte Sunlods. „Die Arme!“

Nicht lange darauf hörte Greeba Michael Sunlods den Pastor fragen, ob er nie ans Heiraten gedacht habe. Da erzählte er ihm, wie er sich eben um die Zeit habe verheiratet wollen, als er nach Grimnes verbannt worden sei. Da habe die Dame sich geweiht, seine Verbannung mit ihm zu teilen.

„Darum hast du keine Frau mehr angeheiratet?“

„Ich nehme aber an, daß ich ihrer doch mit zeitlichen Gefühlen gedankt — obwohl sie schlecht an Euch gehandelt hat.“

„O ja,“ entgegnete der Pastor, „genüß!“

„Ihr wart Kaplan in Reusjavit und hofftet, eines Tages Detan oder gar Wäsof zu werden?“

„Nun, es kann ja so sein. — solche Wäsof-Schloßer macht man sich eben in der Jugend,“ antwortete der Pastor.

Ein Jahr verging, und noch nie hatte Greeba ein Wort in der Gegenwart ihres Gatten gesprochen. Aber wenn sie auch nicht sprach, so hörte sie nun so sehr auf ihn und fand Mittel und Wege, allen seinen Wünschen entgegenzukommen. So waren seine Bitten oft schon erfüllt, ehe er sie ausgesprochen. Wenn es kalt war, fand er Handtücher in der Nähe. Wenn er sich waschen wollte, fand Wasser neben ihm. Wenn er zu schlafen wünschte, lag die Feder bereit. Aber er hörte nie mehr als einen leichten Schritt und das Rascheln eines Kleides um ihn herum. Dann tauchten schmerzliche Erinnerungen in ihm auf, und er sprach nie ein Wort zu ihr.

Der Sommer kam, und Sunlods ging an des Pfarrers Kammer über das Lager hinaus an den Hof eines Hühners und hörte den klackernden Flügel eines Hühners zu. Der Winter kam mit seinen langen Nächten, von denen Grimnes nur der ein Begriff mochte, denn der schon einmal einen Winter am nördlichen Polarkreis erlebt hat. Von Anfang November bis zum einundzwanzigsten Dezember, bis die Sonne ihren Lauf wieder wach macht, wachte bereits sie an, und in dieser langen Zeit zeigte sich das Konkrete nur zweimal, einmal als ein Regen, den Sunlods nicht sah, das zweite Mal als ein Häufchen goldener Samen. So ist in den fünfzig langen Tagen kein Licht an den Himmel von Grimnes.

(Fortsetzung folgt.)



# Kleinkaliber.

Von Polizeioberst a. D. Schütinger.

Die Massenführung des Kleinkalibers, „Sports“ bei den politischen „Kampfbereitschaften“ der Rechten verdient endlich einmal mit dem Ernst im Zeichen der Massenarbeitlosigkeit und der bittersten Not als höchst bedenkliches Sturmzeichen für nachpolitische Auseinandersetzungen der nächsten Zeit warnend herausgestellt zu werden. Sind wir ja doch schon so weit gekommen, daß der „Stahlschmelzer“ in seiner Wundzeitung frech und frechlich seine „Stahlschmelzer“ zur Massenbeschaffung (Wiederverkäufer erhalten Rabatt!) anpreist, daß die Waffenfabrik in Suhl bereits nicht mehr in der Lage ist, den Massenbestellungen der „Militärvereine“ nachzukommen, daß jedes kleine Nest bereits über eine 100- und meist auch eine 200-Meter-Bahn verfügt, und daß der Breslauer Buchhändlerverein bei seinem letzten Sommerausflug zwischen „Kaffeehaus“ und „Mittagsstunde“ seinen verehrten Mitgliedern neben dem Vortrag eines „Heimatdichters“ und neben einem Faustballspiel ein „Kleinkaliberschießen“ als modernste Ergrünungsfahrt zu Gemüte führt. Kein Zweifel, die durch Kapp, Buchruder, Giller und Ludendorff gründlich discreditierte Putschbewegung in Deutschland hat durch die Vorbilder der jüngsten Zeit in Spanien, Griechenland und Portugal und durch die Masseneinführung der Kleinkaliber-Gewehre bei den „vaterländischen Verbänden“ wieder einen beträchtlichen Auftrieb erhalten. Die Herren Ludendorff und Bittinger fühlen plötzlich durch die „Armierung“ ihrer „Stoßtruppen“ mit den Kleinkalibern ein militärisches Plus in ihren Reihen, das von ihnen im Zeichen des geistigen Minus der Fürstenabfindungs-Kampagne und des immer deutlicher zutage tretenden politischen Rücks nach links doppelt so hoch gewertet und als Ansporn zur „Tat“ empfunden wird. So erstreckt sich vor uns mit der Kleinkaliber-Massen-Seuche, die natürlich nicht das Patent der Rechtsputzschützen bleiben wird, die ernstliche Gefahr schwerer innerer Unruhen und Kämpfe, gegen die es bei Zeiten die Öffentlichkeit mobilisieren muß.

Gerade das Beispiel des Weltkrieges hat uns doch gelehrt, daß da, wo Gewehre und Munition angehäuft werden, eines Tages die Explosion von selber eintritt und die Gegner, die sich für den „Erschlag“ rüsten, zwangsläufig aneinanderjagt. Darum ein Wort zur Warnung, ehe es zu spät ist, ehe man die Sommerferien der Schulen, Gerichte und Parlamente zu einer schwer zu reparierenden Massenbewaffnung der „nationalen Jugend“ für den Bürgerkrieg mißbraucht!

Stärkere, mit dem Kleinkaliber-Gewehr bewaffnete Verbände spielen bei der in Deutschland vorhandenen Kräftegruppierung für innere, bewaffnete Auseinandersetzungen eine sehr wichtige Rolle. In Polen, Portugal und Griechenland entschied über das Schicksal des Staates die zahlenmäßig überragende, technisch vorzüglich ausgerüstete Armee; ein zweiter Kraftfaktor kam in der durch kein Entmännungsdiät „entmilitarisierten“ Staaten nicht in Frage. Ganz anders in Deutschland. Die kleine Wehrmacht könnte in ihren, meist am flachen Land und in Truppenübungsplätzen liegenden Garnisonen unter Umständen nahezu erdrückt, die Schutzpolizei in den Großstädten nahezu mattgesetzt werden, wenn es den unentwegten Drahtziehern des deutschen Rechtsputzschützen gelänge, große Massen der mit dem Kleinkaliber-Gewehr ausgerüsteten Verbände im Straßentamp einzuweisen. Die „Wehrmannsbüchse“ ist nämlich für den offenen Feldkrieg nahezu unbrauchbar, für den Kampf um den Besitz von Ortschaften, Häuserblocks und Regimentsgebäuden jedoch sehr wohl geeignet. Die Schußleistung genügt vollkommen für die in Frage kommenden Kampferfernungen, und die Schußwirkung der Steilfeuergehäuse und der Mörserwerfer auf vorzüglich gedeckter und mit wechselnden Stellungen arbeitende Dach- und Kellerhäuser ist bekanntlich ein höchst problematisches Ding.

Ob es möglich ist, durch einen auswechselbaren Lauf das äußerlich dem alten Infanteriegewehr völlig gleichende Kleinkalibergewehr für die im Rahmen innerpolitischer „Polizei-Aktionen“ vorfindenden Kämpfe im freien Feld brauchbar zu machen, möchte ich bezweifeln; dagegen ist das Kleinkalibergewehr, auch bei auswechselbarem Lauf und bei der nachträglichen Einfügung von „Jügen“ in die meist ausgefeilten „Felder“ sicherlich kein brauchbares Kampfinstrument gegen den „äußeren“ Feind! Wer etwas von der außerordentlich schwierigen Leistung und „Zentrierung“ des Gewehrlaufes im Schaft und von der ballistischen Leistung eines behelfsmäßig „vermurzten“ Laufes versteht, der weiß, daß mit einem derartigen Schießprügel keine Schlächten zu schlagen sind, ganz abgesehen davon, daß ja heutzutage nicht mehr das Infanteriegewehr, sondern das Geschütz und das Flugzeug uoer den Besitz einer Stellung entscheiden.

Also mit dem „Befreiungskrieg“ ist in der Kleinkaliberfrage ebenso wenig etwas zu machen, wie mit dem „Landesverrats“-Geschrei, das in der nächsten Zeit in der Rechtsprelle gegen die Warner vor der Kleinkalibergefahr zwangsläufig erhoben werden wird. Dagegen bedeutet das Kleinkaliber-Problem eine Kardinalfrage im Machtkampf um die Republik.

Diese Frage muß, wenn sie uns nicht in den Bürgerkrieg treiben soll, sofort angepaßt werden in den Ländern und im Reich!

Der preussische Innenminister hat bekanntlich als erster die Klagegefahr der Kleinkaliber-Seuche erkannt und das Schließen der nicht im Kleinkaliber-Schießsport der Vorkriegszeit (es gibt zweifellos solche, völlig unpolitisch und rein sportlich aufgelegene Verbände) ausgebildeten Vereine grundsätzlich untersagt. Leider ist man in den übrigen deutschen Ländern dem Severing'schen Verbot nicht durchweg gefolgt. In Sachsen hat der Innenminister den Kleinkaliber-Vereinen seine volle Unterstützung und jegliche Erleichterung bei der Beschaffung von Waffenschein zugesagt; auch in Württemberg, Bayern, Thüringen, Braunschweig und Mecklenburg knallen lustig und unbesorgt an allen Ecken und Enden die Wehrmannsbüchsen, und sogar auf preussischem Gebiet hat man durch die Inanspruchnahme der Reichswehr-Schießstände Severing's Verbot zu umgehen verstanden. Zweifellos wird, wenn in der Frage nichts weiter getan wird, die völkische Jugend im kommenden Herbst in Massen mit ihrer neuen Büchse aufmarschieren, bei jedem „Aufmarsch“ wird es an Stelle der üblichen Holzereien ein großes Gemälde und einige Lote geben, und die Hahnenkämpfe ist da, aus der heraus nach dem Willen der „vaterländischen“ Befreier der Bürgerkrieg zu explodieren vermag.

Was ist dagegen zu tun? Zunächst muß in jedem deutschen Land mit allen Mitteln ein Polizeiverbot des Kleinkaliber-Schießens erzwungen werden. Keine Büchse darf in den nächsten Monaten in Deutschland mehr knallen, so lange wir unter der Massenarbeitlosigkeit, der aufs äußerste gespannten poli-

tischen Lage und der bittersten Not stehen, den gefährlichsten Kraftelementen des Bürgerkriegs. Die reinen Sportvereine mögen ihre Büchsen ruhig ein bis zwei Jahre in den Kästen stellen, bis die völkischen Amateure im Kleinkaliber-Schießsport entmachtet sind. Weiter: Der Reichsinnenminister muß durch seinen „Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ eine Anweisung herausgeben, in der er die Länderregierungen auf die Gemeingefährlichkeit des Kleinkaliber-Anfugs hinweist und — soweit er dazu befugt ist — ein generelles Verbot jeden Kleinkaliber-Schießens auf die Dauer von zwei Jahren nahelegt. Der Reichswehrminister muß seinen Regimentskommandeuren und Standort-Kommandeuren die Abgabe der Schießstände an private Verbände zum Zweck des Kleinkaliber-Schießens mit allem Nachdruck untersagen!

Darüber hinaus aber müssen wir selbst, die Öffentlichkeit des republikanischen Deutschlands, auf dem Posten sein! Keine Wehrmannsbüchse darf in Zukunft Sonntags oder werktags mehr knallen oder über die Straße oder in eine Kaserne getragen werden, ohne daß die zuständige Polizeibehörde ihre Anzeige und das Parteiblatt eine warnende Notiz erhält. Alle müssen wir auf dem Posten sein, um der Gefahr einer bewaffneten innerpolitischen Auseinandersetzung rechtzeitig zu begegnen und unserer Forderung Nachdruck zu verleihen: Weg mit dem Kleinkaliber-Gewehr!

## Kirchliche Linksmeinheit — in Baden.

Mannheim, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die am Sonntag in ganz Baden stattgefundenen Wahlen zur evangelischen Landesynode wurden bei einer Wahlbeteiligung von nur 30% zu einem Erfolg der kirchlichen Linken, repräsentiert durch den Volkstirchensbund religiöser Sozialisten. Nach einem scharfen Wahlkampf, in dem die kirchlich-positiven und liberalen vor keinem Mittel zurückschreckten, dürfte nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen die Linke mit etwa 7-8 Sigen in der Landesynode rechnen. Damit sind zum ersten Male Sozialisten in diese reaktionäre Hochburg eingebrungen. Die republikanisch-sozialistischen evangelischen Wähler gaben damit aber auch zugleich die erste Dultung ab für die politisch-reaktionäre Haltung, die die evangelischen Kirchenbehörden in den letzten Jahren eingenommen haben. Die kirchlich-liberalen werden mit den Sozialisten zusammen eine Mehrheit bilden.

## Aus dem Reiche.

Der Republikanische Richterbund veranstaltete gestern im ehemaligen Herrenhause eine Protestversammlung gegen den Ausschluß des Senatspräsidenten Grobmann aus dem Preussischen Richterverein. Genosse Abg. Landsberg wies darauf hin, daß der wahre Ausschlußgrund in der republikanischen Gesinnung Grobmanns liege. Grobmann habe aus Pflichtgefühl die Reaktion in der Justiz bekämpft, während der Richterverein hierin vollkommen verlagert habe. Dabei seien diese Mißstände so offenkundig, daß selbst der Reichsjustizminister Marx erklärt habe, keineswegs mehr seine Ehre von preussischen Gerichten stützen lassen zu wollen. Der Preussische Richterverein habe mit keinem Beschluß der Republik den Gehdehandlung hingeworfen. Die Republikaner nehmen diesen Gehdehandlung auf und wollen nicht, daß mit der Republik Schindluder getrieben wird. Nach Landsberg sprachen der deutshannationale Landtagsabgeordnete Muschke, die Rechtsanwältin Behrendt und Roth, Ministerialdirektor Dr. Falk und Professor Schüding. Die Veranstaltung wurde zu einer stürmischen Kundgebung für Grobmann, der zum Schluß dankte.

Die Ministerialkommission zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung tritt am Dienstag zusammen. Wie wir hören, wird das Programm in einer Reihe von Punkten erweitert werden. Auch die Frage des Anlurbelungskredits zur Belebung des Wohnungsbaues, d. h. die Erhöhung und die Bereitstellung des Kredits zu günstigeren Bedingungen (längere Laufzeit, niedriger Zinssatz) soll nunmehr geklärt werden.

Reichsbannertragung in Düsseldorf. Anlässlich einer Gau-tagung veranstaltete das Reichsbanner am Sonntag in Düsseldorf eine Kundgebung für die Republik, die große und nachhaltige Eindrücke hinterließ. Die Ordnung und die Disziplin, die den Zug der Reichsbannertraben auszeichnete, nach vortheilhaft ab von dem Rummel der Stahlhelmlente, der am gleichen Tage in Düsseldorf veranstaltet wurde. Die Beteiligung an dem Umzuge war außerordentlich stark. Man zählte gegen 13 000 Teilnehmer. Außerdem waren viele Tausende aus der Umgebung von Düsseldorf zum Festgelände gekommen, die demonstrieren republikanische Abzeichen trugen und den Reichsbannertraben zujubelten. Für den erkrankten Bundespräsidenten Hörsing sprach Bundeskanzler Krohne-Magdeburg.

Aus der preussischen Justizverwaltung. Zu Handelsgerichtsräten wurden laut amtlichem Preussischen Pressedienst ernannt: Kaufmann Dr. E. Lipmann und Stadtrat Lees, die Kaufleute Dr. Grütner und A. Jaffe, sowie Fabrikbesitzer Bieschowsky in Breslau.

## Aus aller Welt.

Die unglückliche Explosion, der infolge eines Blitzschlages das amerikanische Marinearsenal mit riesigen Beständen an Munition zum Opfer gefallen ist, hat einen Schaden verursacht, der jetzt schon auf rund hundert Millionen Dollar geschätzt wird. Daraus einzulassen auf den Materialverlust der Kriegsmarine etwa 87 Millionen Dollar, auf den der Heeresverwaltung 3 Millionen. Auf über 10 Millionen Dollar dürfte sich der Schaden beziffern, den Privatpersonen erlitten haben. Sind doch in einem Gebiet von über 100 Quadratmeilen rund 25 Ortschaften und Dörfer durch die Folgen der Explosion hart in Mitleidenschaft gezogen, zum Teil sogar völlig zerstört worden. Ein großer Teil der Häuser dieser Dörfer hat Vorkreiser von Granaten erhalten. Viele Tausende sind obdachlos, die Zahl der Toten konnte noch nicht genau ermittelt werden. Insgesamt sind 10 Millionen Pfund Pulver und 100 000 Granaten vernichtet worden. Die Explosion war im Umkreise von 40 Kilometern hörbar, fünf Kilometer entfernte Häuser stürzten unter dem Luftdruck zusammen. Alle Telephon- und Telegraphenleitungen sind weitlich zerstört.

Aus Dover (New Jersey) wird gemeldet, daß im ganzen etwa 800 Einwohner aus der Gefahrenzone geflüchtet sind, und daß noch stündlich 18 bis 20 Explosionen erfolgen. Sachverständige des Marindepots erklären, daß die 14er Flugzeugbomben und ein Lager mit 75-Millimeter-Granaten noch nicht explodiert seien und daß die Gefahr, daß dieses Lager ebenfalls ausfliegen und auf das Armeearsenal übergreifen werde, bisher das Einrückten von Truppen in das zerstörte Gebiet verhindert habe.

## Erpressungen eines Sensationsblattes in Wien.

Nicht nur in Breslau wuchern die Sumpfbüchsen der Sensationspresse. Die Redaktion eines Wiener Standblattes, „Wiener Nachschau“, das seine Spalten hauptsächlich mit erotischen Standartaffären füllt, stand vor kurzem vor Gericht und hatte sich wegen Erpressung zu verantworten. Sämtliche Angeklagten haben lange Reden von Vorfragen, der eine von ihnen gab bereits in mehreren deutschen Städten ähnliche Standartblätter heraus. Das höchste Stück leisteten sich die sauberen Gesellen mit einem Gastwirtshaus, der nach einem Bruch in einer Badanstalt eine Unfähigkeit bezogen haben sollte und über den sie von Joten krochenden Artikel veröffentlichten. Sie erprehten von ihm 15 Millionen Kronen. Ihr Handwerk wurde diesen Ausschreitungen nun nach kurzes Tätigkeit gelegt.

## Als blinder Passagier.

Der 15 Stunden unter einem Wagen des Schnellzuges Wien-Berlin angebracht hatte, kam am Sonntag abend ein 20jähriger Jungmann auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin an. Er sollte von Wien in seine Heimat abgehoben werden, war jedoch auf dem Bahnhof ausgehoben und hatte sich das Aufhängen eines Schnellzugwagens als Unterschlupf ausgesucht.

## Spanische Hütten und Dentrarree gegen Weizenanbau.

Aus Ugram wird uns berichtet: Im kroatischen Bezirk Ogulin trat unter den Hunden die Tollwut epidemisch auf. Zahlreiche Personen wurden von wütenden Hunden gebissen. Die Behörden veranlassen, daß die Gebissenen unverzüglich in das Pasteurische Institut in Ugram gebracht werden. Viele wurden tatsächlich eingeliefert und so vor dem qualvollsten Tode gerettet. Ein Teil der bäuerlichen Bevölkerung verheimlichte jedoch, daß auch er von Hunden gebissen worden war und bereitete dadurch die Immunität. Die Verletzten begaben sich vielmehr in die Kur eines berühmten Kurpfuslers der Gegend, der den Leuten ein weißes Pulver gab, das später als pulverisierte Cantariden festgestellt wurde, außerdem spritzte er sie in einen dunklen Keller und verband ihnen die Augen mit einem dunklen Tuch, damit ja kein Licht den Erfolg der Kur beeinträchtige. Das Pulver sollte in der Dunkelheit wirken. Statt dessen brach bei 11 Personen tatsächlich die Tollwut aus und als amtlicher Befund zur Stelle war, war es bereits zu spät. Sämtliche Erkrankten starben unter den unglücklichsten Leiden. Gegen den Kurpfusler wurde das Gerichtsverfahren eingeleitet.

## Ein Orkan über Seningrad.

Leningrad wurde dieser Tage von einem Orkan heimgesucht, der die Stadt ernstlich bedrohte. Bei Windstärke 15 wurden durch hohen Wellengang im Hafen mehrere Segelschiffe zum Kentern gebracht. Die im Bau befindliche Kanalisationsanlage im Hafengebiet wurde zerstört. Der Dampferverkehr mit Kronstadt mußte unterbrochen werden.

## Ein Buch im Briefmarkenformat.

In Moskau wurde kürzlich in einem Antiquariat ein seltener Bücherfund gemacht: ein Blichophyte entzweite die gesammelten Proben des bekannten russischen Fabeldichters Krylow, die im Briefmarkenformat herausgegeben waren. Das Buch, das wohl das kleinste Buch der Welt sein dürfte, ist vor 50 Jahren erschienen.

## Ein Kiefernbrand

hat am Sonntag in der japanischen Hafenstadt Komosi zahlreiche Fabriken, darunter 20 Holzgewerke und mehrere Streichholz- und Letterfabriken, eingeäschert. 1000 Personen sind obdachlos.

# N. 4711 Portugal

## Schönes Haar, das lebensvolle Frische aushaucht



und in herrlichem Mattglanz das Antlitz umrahmt, wird stets Bewunderung erregen. „4711“ Portugal schafft dem Haar durch seine ungewöhnliche Reinigungs- und Belohnungskraft die Bedingungen zu gesundem Wachstum. „4711“ Portugal macht das Haar seidenweich und dünn und erhält ihm seine natürliche Frische.



Das Haar ist der schönste Schmuck.







## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 18. Juli.

### Saisonverkaufe.

„Großer Saisonverkauf!“ — „Rücksichtslos herabgelagte Preise!“ — „Habelhaft billiges Angebot!“ so liest man es in diesen Tagen in zahlenden Farben an zahlreichen Schaufenstern Breslauer Geschäftsläden, und überall stößt man auf Saisonverkaufe.

Die Zeiten sind auch für die Geschäftsleute nicht gerade schön, die enorme Arbeitslosigkeit und die damit verknüpfte Wirtschaftsmisere drücken auf das Geschäft und vermindern den Umsatz. Da bedarf es starker Reize, um die Leute zum Kaufen anzuregen. Das große Publikum sieht auf billige Preise, und erst in zweiter Linie oder gar nicht auf die Qualität. Darauf sind die Saisonverkaufe berechnet, die für Breslau alljährlich in der Zeit vom 24. Juni bis Ende Juli stattfinden und die höchstens 14 Tage dauern dürfen. Die hierbei gewährten Rabatte schwanken von 10 bis 40 Prozent, die dem Kunden vom festangefetzten Preis abgerechnet werden. Ein Saisonverkauf darf nur einmal im Jahre stattfinden. Zuweilen stellt der Saisonverkauf eine Irreführung des Publikums dar, insbesondere durch „Preisrabattierung“ als Vorpiegelung falscher Tatsachen. Solche Methoden stehen als unlauterer Wettbewerb oder Betrug unter Strafe. Außerdem darf der Polizeipräsident ein dauerndes Saisonverkaufsverbot erlassen. Im übrigen braucht kein Saisonverkauf besonders angemeldet werden.

Unsere genossenschaftlichen Konsumvereine lehnen es grundsätzlich ab, mit Hilfe von Rabatten oder sogenannten Geschenk-artikeln Rundschau zu fördern. Sie arbeiten vielmehr nach dem Prinzip: Eine gute und reelle Ware muß sich von selbst empfehlen. Es liegt uns ganz gewiß fern, der übrigen Geschäftswelt etwa nachzulaufen zu wollen, Saisonverkaufe seien in Bausch und Bogen etwas Unrealles. Aber soviel ist sicher wahr, daß die vielen Saisonverkaufe von heute ein Symptom einer kranken Wirtschaft sind.

### Ein Museum der Vergeßlichkeit

befindet sich Hubenstraße 2. Es ist das Fundbüro der Eisenbahndirektion, wo alle in den beiden Direktionsbezirken Breslau und Oppeln gemachten Funde zur Aufbewahrung kommen. Ein Besuch dieses „Museums“, das freilich der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist, wirkt lehrreich, da die vielen hier ausgestelltten Fundgegenstände eines Grabschlags bilden für die Neurologie, Zerknirschtheit und Vergeßlichkeit des heutigen Mensch. Es ist wohl eine psychologische Binsenwahrheit, daß ein konzentrierter und weder zu aufgeregter noch sehr hektischer Mensch, so leicht nichts liegen lassen wird, am allerwenigsten ganze Koffer und sonstige Gebaststücke.

Was wird in den Eisenbahnstationen und auf Bahnhöfen alles gefunden? Neben alles: Stiele, Schirme, Hüte, Kleidungsstücke, Koffer und Reiseutensilien, Schmuckstücke wie Ringe, Broschen, Uhren, Brillen, Lebensmittel, lebende kleinere Tiere und anderes mehr.

Jeder gemachte Fund wird zunächst auf der zuständigen Stationsfundstelle abgeliefert, wo er eine gewisse Zeit liegen bleibt. Handelt es sich um Lebensmittel, die leicht verderben, so werden diese sogleich amilich veräußert. Der Erlös steht dem Verlierer zu. Alles, was dagegen nach einer bestimmten Zeit auf den Stationen nicht abgeholt wurde, wird dann nach Breslau geschickt, wo es drei Monate verbleibt. Sind diese drei Monate verstrichen, ohne daß sich der Eigentümer des betreffenden Gegenstandes gemeldet hat, so werden in regelmäßigen Zeitabständen öffentlich ausverkauft und durch amtlichen Ausschlag bekanntgemachte Versteigerungen angekauft, wobei die Fundgegenstände meistbietend zum Verkauf gelangen. Ohne diese Versteigerungen würden sich die gefundenen Gegenstände wohl vergeblich aufstapeln. Ein erheblicher Teil der Fundgegenstände wird gar nicht reklamiert oder abgeholt.

Nicht minder interessant als das Eisenbahnfundbüro ist das Fundbüro des Polizeipräsidenten. Auch hier herrscht immer Hochbetrieb — 20 bis 30 Wachen fragen allein am Tage nach der verlorenen Armbanduhr und daneben etwas verschämt ein Dutzend Ehemänner nach ihren Trauringen, die sie stets aus der Westentasche verloren haben wollen. Außer Uhren und Ringen ist hier natürlich auch alles Denkbare, u. a. Kinderwagen, ja selbst Pferde und Hunde. Ein herrisches oder gefundenes Pferd kommt natürlich nicht ins Polizeipräsidenten, sondern in die Pferdeabteilung der berittlichen Polizeiabteilung. Dagegen dürfen Hunde vom Finder selbst in Verwahrung genommen werden.

Kein Breslauer Uhren- und Goldwarengeschäft kann sich rühmen, eine solche Auswahl an Herren- und Damenuhren aller Art aufzuweisen, wie das Fundbüro des Breslauer Polizeipräsidenten! Viele Schätze sind allein damit angefüllt. Über alle abgelieferten Fundstücke wird genau Buch geführt. Bei der Abholung nach einem verlorenen Gegenstand gilt es scharf acht zu geben, damit nicht jemand durch einen Irrtum einen Weggenosse in Empfang nimmt, der ihm nicht zusteht.

Sehr viel Unklarheit herrscht noch in weiten Kreisen des Publikums über die Frage: Was ist abgabepflichtig? Jeder Gegenstand, der einen materiellen Wert von mehr als drei Mark hat, muß abgegeben werden, wenn der Finder sich keiner Fundunter-schlagung schuldig machen will. Die Abgabe kann auf jeder Polizeiwache geschehen. Über die Fundrechte gilt folgendes: Bei allen Gegenständen, die bis zu 300 Mark wert sind, stehen dem Finder 5 Prozent an Finderlohn zu, für jedes weitere 100 über 300 Mark: ein Prozent, jedoch z. B. für eine Uhr, die 1000 Mark wert hat, 22 Mark Finderlohn an den Finder gezahlt werden müssen. Bei Tieren beträgt der Finderlohn nur 1 Prozent ihres Wertes. Nicht abgehobte Fundgegenstände werden vom Polizeipräsidenten alle Jahre im April meistbieters versteigert. Der Erlös wird dem Wohlfahrtsamt überwiesen. Jeder Finder, der dem Polizeipräsidenten einen Fund abgeliefert hat, kann nach Ablauf eines Jahres dessen Rückgabe fordern, wenn sich bis dahin der Verlierer nicht gemeldet hat. Das Polizeipräsidentenamt sorgt auch für die Einziehung des dem Finder zustehenden Finderlohns, da ohne diesen kein Verlierer eine Fundstücke zurückbekommt, es sei denn, daß der Finder freiwillig auf Finderlohn verzichtet hat. Wer innerhalb öffentlicher Verkehrsstellen (Post, Magistral, Eisenbahn, Straßenbahn) etwas findet, hat keinen Anspruch auf Rückgabe des Fundes für den Fall, daß der Verlierer sich nicht meldet. Eine solche Rückgabe an den Finder kommt nur in Frage, bei Funden auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Warenwäcker sind keine öffentlichen Verkehrsstellen.

# Die Familienfürsorge unserer Stadt.

Seit dem 1. April 1922 ist in Breslau die Familienfürsorge eingeführt. Man ist damit dem Beispiel anderer Großstädte, vor allen Dingen im Westen Deutschlands, gefolgt.

Was will die Familienfürsorge?

Es soll durch sie verhindert werden, daß nicht, wie es bis zu ihrer Einführung üblich war, unzählige Fürsorgeorgane in ein und dieselbe Familie kommen.

Ein Beispiel, wie eine sehr fürsorgebedürftige Familie von den Fürsorge-Organen überlaufen werden konnte. Zu dem Säugling, Kleinkind, städtischen Kostkind, kam die Säuglings-schwester oder Jugendpflegerin, zu den Schulkindern, die in einem Landheim untergebracht werden sollten, die Schulpfegerin. Besuchte ein Kind die Hilsschule, so kam die zuständige Schulpfegerin für die Hilsschule in die Familie. Bei der lungenkranken Mutter erschien die Lungenfürsorge, bei dem kriegsverletzten Vater kam die Fürsorge der Kriegsverletztenfürsorge; war der Mann Trinker, so beschrieb ihn noch die Trinkerfürsorge. Zu dem älteren Kinde, das eine schwere Wirbelsäulenverkrümmung hat, kam die Krüppelfürsorge. Hatte die Familie noch das Unglück, einen schwer erkrankten Jungen zu besitzen, so wurde sie auch von der, die Schulaufsicht führenden Person der Zentrale für Jugendfürsorge, regelmäßig aufgesucht, usw. Die Familie konnte sich vor lauter Fürsorge überhaupt nicht retten, eine Fürsorge in gab der anderen die Klinke in die Hand. Die Folge davon war, daß die Leute ungeduldig wurden, was man ihnen auch nicht verdenken konnte, und schließlich widerwillig oder überhaupt keine Auskunft gaben. Es ist ja auch nicht angenehm, jedem seine intimsten Familien-Verhältnisse zu erzählen.

Durch die Familienfürsorge sollte das Überlaufen der einzelnen Familien mit den verschiedenen Fürsorgern und Fürsorgern vollkommen ausgeschlossen werden.

Diese Aufgabe zu lösen, ist in Breslau nicht ganz gelungen. Die Zusammenlegung der gesamten Fürsorgegebiete (steuerte zunächst an der starken Überlastung der einzelnen Fürsorgern, die, wie die Schulpfegerinnen, ihre hauptamtliche Tätigkeit in den Vormittagsstunden weiter ausübten. Betsleucht wird man in absehbarer Zeit dazu übergehen, einige Gebiete von der Familienfürsorge zu trennen, da die Arbeit von den dazu zur Verfügung stehenden Kräften nicht geleistet werden kann. Eine andere Lösung wäre die Neuanstellung von Wohlfahrtspflegerinnen.

Die Fürsorge soll nicht nur in die Familien kommen, wenn ein Antrag auf Unterstützung vorliegt, oder die Unterbringung der Kinder in ein Landheim oder die Auszahlung des städtischen Kostgeldes notwendig ist. Der Fürsorge soll soviel Zeit zur Verfügung stehen, daß sie fürsorgebedürftige Familien regelmäßig besuchen kann. Es wird dadurch manche Notlage verhindert werden können.

Vorfragen, Verhütung der Schäden, das ist die Fürsorge, die wir brauchen. Dem Staat und der Stadt könnten enorme Un-

kosten dadurch erspart werden. Von diesem Zealustand ist Breslau noch weit entfernt.

Man hat zunächst folgende Gebiete zusammengefaßt, was bestimmt als eine Verbesserung angusprechen ist. Die Säuglings- und Kleinkinderpflege, Kostkinderbeaufsichtigung, Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge, das große Gebiet der Vormundschaft, die Kriegsverletzten- und Hinterbliebenenfürsorge, die Klein- und Sozialrentner und soziale Gerichtsliste.

Nicht erfasst von der Familienfürsorge ist die Lungenfürsorge, die Erwerbslosenfürsorge, die Trinkerfürsorge, die Mittelstandsfürsorge, die Wohnungsfrage und das umfangreiche Gebiet der Schulpfegerin, die von den Schulpfegerinnen, die Vormittags ihre Sprechstunden in der Schule abhalten, ausgetübt wird. Die Familienfürsorgern sind morgens von 8 bis 9 Uhr in den Bezirken zu sprechen. Die Stadt Breslau ist in 6 Familienfürsorgebezirke eingeteilt:

- Bezirk 1 (das Obertor), fessend ist Matthiasstraße 14,
- Bezirk 2 (Scheinig), Mikaelstraße,
- Bezirk 3 (Strahlener Tor), Wohlfahrtshaus, Sadowastraße, Ecke Bohrauer Straße,
- Bezirk 4 (Gräbchen), Gartenstraße 3,
- Bezirk 5 (Mikolaitor), Karulstraße,
- Bezirk 6 (innere Stadt), Wohlfahrtsamt, Ritterplatz.

Mit den Familienfürsorgebezirken sind die Kreisstellen des Wohlfahrtsamtes verbunden. Für den Bezirk mit dem Publikum täglich außer Mittwoch von 9 bis 1 Uhr geöffnet.

Jedem dieser Bezirke sind mehrere Fürsorgern, die aus den Wohlfahrtspflegerinnen der Hinterbliebenenfürsorge, den Schulpfegerinnen und den Jugendpflegerinnen gebildet werden, zugeteilt.

Die einzelne Fürsorge hat ihre bestimmte Straßen in dem Bezirk, so daß sie in der Lage ist, den größten Teil der in diesem Bezirk wohnenden Familien zu kennen. Sämtliches Material der gesamten Wohlfahrtspflege wird den Fürsorgern zur Bearbeitung und Erledigung überwiesen.

Die Ausbildung der Wohlfahrtspflegerinnen oder Fürsorgern ist durch Erlass des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom Jahre 1920 geregelt.

Die Stadt Breslau stellt nur staatlich geprüfte oder anerkannte Wohlfahrtspflegerinnen an, was einen zweijährigen Kursus an einer sozialen Frauenschule mit staatlichem Abschluß voraussetzt. Aufnahme in eine soziale Frauenschule kann nur stattfinden, wenn die betreffenden Schülerinnen bereits eine staatlich anerkannte Krankenschule- oder Säuglingspflegeschule, mit gleichfalls staatlichem Abschlußexamen, mit Erfolg besucht haben.

Der Kursus an den betreffenden Schulen dauert je 2 Jahre. Es ist demnach, um den Beruf einer Fürsorge ausüben zu können, eine vierjährige Ausbildung und ein praktisches Jahr erforderlich.

### Der Polizeipräsident verbietet die heutige kommunistische Versammlung.

Die heute abend angelegte Versammlung der Kommunistischen Partei und des roten Frontkämpferbundes im großen Schiefwerderaal ist vom Polizeipräsidenten verboten worden, da in den zur Versammlung verteilten Flugblättern offen zur gewalttätigen Ausschreitung gegen Ruhe und Ordnung aufgefodert wird.

### Der Betrüger Koch festgenommen.

Der Bankvollmächtigte Eugen Koch, der bei einer hiesigen Bank Wertpapiere im Werte von 80 000 Mark unter-schlagen hatte, wurde Sonntag früh, um 4 Uhr, verhaftet, als er seine hiesige Wohnung aufsuchen wollte. Er hatte zunächst Breslau verlassen und sich nach Ziegenhals begeben und kehrte am Sonntag von dort zurück. Brieflich hatte er hinterlassen, er würde sich Sonntag, früh 8 Uhr, freiwillig stellen. Koch, der bereits vernommen wurde, ist geständig.

### Unter-schlagung aus Not.

Unter der Anklage des Amtsverbrechens in 14 Fällen stand vor dem Großen erweiterten Schöffengericht der Justizobersekretär Fritz Boer. Der Angeklagte, der beim Breslauer Oberlandes-gericht beschäftigt war, hatte Prüfungsgelber von Rechtskandidaten insgesamt 1610 Mark, unterschlagen. Damit die Befehlungen nicht entwirrt werden könnten, verübte er verschiedene Fälschungen. Boer begann seine Unterschlagungen während der Vertretung eines Kollegen. Ueber seine sonstige Amtstätigkeit wurde ihm ein glänzendes Zeugnis ausgestellt. Eine innere Krankheit hat ihm die Festigkeit geraubt. Für die Heilung der Krankheit mußte er große Summen aufwenden und auf diese Weise verlor er in Not. Jetzt ist es ihm möglich geworden, die unterschlagene Summe zu erlösen. Nachdem seine Wertpapiere ausgetauscht worden waren, verübte der Angeklagte wiederholt, sich das Leben zu nehmen. Im wesentlichen war Boer geständig. Nach seinen Angaben war aber die unterschlagene Summe niedriger als die Anklage behauptet. Das Gericht war in Uebereinstimmung mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß nicht 14 verschiedene Handlungen, vorliegen, sondern nur eine fortgesetzte Handlung. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Dem Verurteilten wurde ferner die Befähigung abgeprochen, während der Dauer von 3 Jahren ein öffentliches Amt bekleiden zu dürfen. Da aber der Beschuldigte nicht aus verbrecherischer Neigung, sondern aus Not gehandelt hatte, wurde ihm eine Bewährungsfrist von drei Jahren bewilligt.

### Anklage wegen Meineid: Freispruch in zweiter Instanz.

Der bisher völlig unbestrafte Tischler Walter Vogt stand im März d. J. unter der schweren Anklage der Verleitung zum Meineid. Es ist dies ein Verbrechen, auf das Zuchthausstrafe steht. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Vogt war mit dem Schuhmachermeister Anders in Streitigkeiten geratet und strengs deshalb gegen denselben eine Privatklage wegen Beleidigung und Körperverletzung an. Anders hatte sich auf das Zeugnis der Rufschmerz Florian Berufen. Am Tage vor dem Termin traf nun Vogt auf der Straße mit der Florian zusammen. Nach ihrer Bekundung sagte er ihr zunächst, sie solle doch das Zeugnis verweigern. Die B. entgegnete, darauf könne sie nicht eingehen. Nunmehr soll der Angeklagte erklärt haben, es würde das Beste sein, wenn sie vor Gericht lagen würde, sie hätte nichts gesehen. Die Florian hinterbrachte diese Unterredung dem Anders und dieser machte eine gerichtliche Anzeige. Auf Grund

dieser Anzeige hatte das große erweiterte Schöffengericht den Angeklagten zu der niedrigst zulässigen Strafe von einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Der Verurteilte, der in der Verhandlung seine Schuld ganz entschieden bestritten hatte, legte Berufung ein. Jetzt stand er vor der 5. großen Strafkammer. Auch hier behauptete er, daß er gar nicht daran gedacht habe, die F. zu einer falschen Aussage zu verleiten. Dem Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Wilhelm Riesenfeld, gelang die Feststellung, daß die Florian ihre Angaben oftmals gewechselt hatte. Aber auch aus einem anderen Grunde konnte die Anklage gar nicht aufrecht erhalten werden. Es wurde nämlich festgestellt, daß die F. von den Vorgängen nichts hatte sehen können. Unter Aufhebung des ersten Urteils wurde deshalb Vogt freigesprochen.

### Psychische Verirrung?

Der 65 Jahre alte Tischler Paul F., ein bisher völlig unbescholtener Mann, hatte sich wegen wider natürlicher Unzucht vor dem Kleinen Schöffengericht zu verantworten. F. hat in seiner Ehe 21 Kinder gezeugt, acht hieron sind am Leben. Das jüngste der Kinder ist 24 Jahre alt. Der alte Mann ist vor einiger Zeit dabei betroffen worden, als er sich an einer — Henne verging. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 6 Wochen Gefängnis. Es wurde dem Verurteilten indes eine dreijährige Bewährungsfrist bewilligt. Von der Verhängung einer Buße wurde Abstand genommen. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängnis beantragt.

### Strafbare Wiederverwendung entwerteter Postwertzeichen.

Die Oberpostdirektion gibt bekannt: Freimarken, die durch die parallelen Strichlinien der bei anderen Postämtern verwendeten Maschinenstempel entwertet worden sind, werden nicht selten nochmals zur Verwendung von Briefsendungen benutzt. Die Wiederverwendung ist zu verurteilen. Das nicht als Entwertungsmarken erkannt zu haben. Das heißt jedoch nicht gegen eine Verurteilung wegen Uebertretung des § 27 Ziffer 3 des Postgesetzes. Diese Gesetzesbestimmung bedroht ganz allgemein den, der Postwertzeichen nach ihrer Entwertung zur Verwendung einer Sendung benutzt, mit einer Geldstrafe von mindestens 3 Reichsmark. Vor der Verwendung älterer oder unüberbrochener Postwertzeichen ist deshalb nicht nur auf die von Poststempeln herrührende Verfallens- und Posten-, sondern auch auf etwaige von Maschinenstempeln herrührende Strichlinien zu achten.

### Die Breslauer Herbstmesse wird abgehalten.

Trotz der Schwierigkeit der Wirtschaftslage wird die Breslauer Herbstmesse, die in diesem Jahre bereits das Jubiläum ihres zehnjährigen Bestehens feiern konnte, in den Tagen vom 5. bis 7. September zum 21. Male abgehalten. Die Voranmeldungen lassen erkennen, daß die Bekleidung in allen Abteilungen recht regen sein wird. Besonderes Interesse wird die elektrische Abteilung finden, in der unter Führung der Städtischen Elektrizitätsverwaltung alles im Bereich vorgeführt werden wird, was auf elektrotechnischen Gebiete für die Hauswirtschaft, für den Kaufmann (Büro, Laden und Lager) und für den Handwerker von Wert und Bedeutung ist. Besondere Aufmerksamkeit wird der städtischen und zweijährigen Beleuchtung von Räumen aller Art gewidmet werden. Im Messelort wird die Kunstgilde gemeinsam mit der Messelgesellschaft eine Sonderausstellung „Neuzeitliche Kunst-







# Arbeiterlänger - Arbeiterbewegung!

vom 19. bis 25. Juli.

## Öffentliche Gefangskonzerte auf freien Plätzen in der Stadt und im Landkreis.

Samstag, den 25. Juli, im Friebeberg Volkskonzert.

### Aus Schlesien.

#### Die Bedeutung des Dtmachauer Staubeckens.

Von zuständiger Breslauer Stelle wird dem WTB geschrieben: In seiner Rede am 9. Juli, gelyentlich der Bundesausschreibung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf, hat Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius als eine der wesentlichsten Aufgaben den Bau des Dtmachauer Staubeckens angeführt. Die erschreckende Höhe der Zahl der Arbeitslosen in den beiden industriereichen Provinzen Schlesien hat längst dringende Maßnahmen erforderlich gemacht. Tausende Arbeiter würden dauernde Beschäftigung beim Bau des Staubeckens finden, zahlreiche Industrien mit Aufträgen bewacht werden. Die dringende Notwendigkeit der Errichtung des Staubeckens ist unbestritten. In erster Linie wird das Staubecken auch in der wasserarmen Zeit die Oder für größere Lasten dauernd fahrbar machen, so daß die üblichen, die Überschwemmung manchmal monatelang lahmlegenden Verkommernisse aufhören. Daneben wird das Becken aber auch elektrische Arbeit von mehr als 10 Millionen Kilowatt jährlich erzeugen. Nicht zu unterschätzen ist aber auch die Bedeutung des Staubeckens im System des Hochwasserlaufes des Oberrheins. Das Oberrheingebiet ist das stärkste Niederschlagsgebiet Schlesiens. Die Reize der wasserreichsten Nebenflüsse der oberen Oder, wird das überschüssige Regenwasser auffangen, so ist die Hochwassergefahr im Obergebiet um ein Drittel gemindert. Wäre das Staubecken von Dtmachau bereits gebaut, so wären die verheerenden Hochwasserstände der schlesischen Landschaft nicht in diesem Maße eingetreten, und die nunmehr zur Lindkung der Hochwassernot notwendigen Mittel wären produktiv im Bau des Staubeckens angelegt gewesen.

Die Fortsetzung des Ausbaus des Mittelaltkanals ist in Angriff genommen, er schafft die Wasserstraße vom Ruhrgebiet bis nach Berlin. Die ober-schlesische Kohle, die bisher den Hauptabgang mittels der Oberschiffahrt in Berlin hatte, wird dann die Konkurrenz der Ruhrkohle in Berlin erheblich zu fühlbar bekommen. Umso mehr muß daher die Reichsregierung alles daran setzen, das Staubecken von Dtmachau schleunigst zu errichten, damit der Oberschiffahrt eine regelmäßige Wasserstraße gewährleistet ist und die Oberschiffahrt an Zuverlässigkeit und Sicherheit des Transports hinter der Verfrachtung der Ruhrkohle nicht zurückbleibt.

#### Schweres Unwetter in Ostoberschlesien.

Am Sonntag gingen über Ostoberschlesien heftige Wolkbrüche hernieder, durch die auf den Feldern und in den Dörfern großer Schaden angerichtet wurde. In Königsbrunn flaute sich in der Puddlerstraße das Wasser derart, daß die Feuerwehr alarmiert werden mußte. Bei den Rettungsarbeiten wurden zwei Wehrleute erschlagen und getötet. Da die Gefahr des Zusammensturzes einzelner Häuser immer mehr wuchs, mußten die erst kürzlich angelegten Kanalisationsgräben wieder zugeworfen werden.

#### Am 14. November Gemeindevahlen in Ostoberschlesien.

In Ostoberschlesien hat sich die Regierung endgültig dazu entschlossen, den Termin für die von der Öffentlichkeit schon seit langem geforderten Gemeindevahlen für Ostoberschlesien auf den 14. November 1926 festzusetzen. Die amtliche Verfügung wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Wie verlautet, werden die deutschen Parteien bei den so überaus wichtigen Wahlen gemeinschaftlich vorgehen.

**Trennk. Schweres Automobilunglück.** Auf der Chaussee Breslau-Trennk ereignete sich ein schweres Automobilunglück. Ein mit sechs Personen besetzter Kraftwagen geriet auf der Landstraße ins Schleudern und überschlug sich. Die Insassen wurden teils herausgeschleudert und teils unter dem Wagen begraben. Der Mitfahrende Rudolf Rinke aus Breslau wurde sofort getötet. Zwei weitere Insassen erlitten schwere Verletzungen und die übrigen drei wurden leichter verletzt.

**Baubau.** In der Badewanne ertränkt. Eine Klempnerfrau ertränkte ihr drei Wochen altes Kind in der Badewanne. Die Frau gab bei der Vernehmung an, ohnmächtig geworden zu sein. Die Leiche des kleinen Kindes ist vorläufig von der Polizei beschlagnahmt worden.

**Welsch.** Ein Großfeuer wütete in Weichenberg auf dem Rittergut Weicha, dem Kammerherrn v. Hennig gehörig. Scheune, Verbestall und Wohnung im Wirtschaftsgelände wurden ein Raub der Flammen, während der Kuhstall und die Ober-schweizerwohnung, die auch schon brannten, gerettet werden konnten. Da das Feuer an drei Stellen zu gleicher Zeit ausbrach, ist mit Bestimmtheit Brandstiftung zu vermuten. Die gesamte Heuernte ist verbrannt, desgleichen landwirtschaftliche Maschinen.

**Neuthe. Die Banditenüberfall auf eine Kantine.** In Bobrod orange vier maskierte Verbrecher in die Kantine des neuerrichteten Karbi-Werkes der Schaffgotischen Verwaltung ein und forderten den Inhaber mit vorgehaltenem Revolver zur Herausgabe des Geldes auf. Nachdem sie einen Arbeiter angehalten hatten, raubten sie 300 Mark und versuchten zu flüchten. Der Portier schoß auf die Verbrecher und verletzte einen Räuber derart, daß er kurze Zeit darauf verstarb. Der Portier selbst erhielt eine leichte Schußverletzung. Die anderen drei Räuber entkamen unerkannt.

### Breslau (Land)-Neumarkt.

**Kleitenberg.** Am 10. dieses Monats fand hier, von der Sozialdemokratischen Partei einberufen, eine Versammlung der Erwerbslosen statt, die gut besucht war. Zu dieser Versammlung war auch der Gemeindevorsteher, Genosse Kleitner, eingeladen worden. Der Vorsitzende, Genosse Wilde, eröffnete die Versammlung und legte in längerer Ausführungen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses dar. Hierauf wurde ein Erwerbslosentrat gebildet, der sich aus den Kollegen Gallauch, Ernst, Ganka, Reinhold, Süßenbach, Reinhold, Küttner, Robert und Soma, Heinrich zusammensetzt. Im Anschluß an die Wahl fand eine Aussprache über die Wünsche der Erwerbslosen statt. Der Gemeindevorsteher, Genosse Kleitner, ging auf die Rede näher ein und ersuchte den Erwerbslosentrat um Mitarbeit. In der weiteren Debatte sprach man über die Behandlung der Kollegen vom Lande in der Stadt Breslau. Allseitig wurde verlangt, daß, wenn unsere Kollegen in der Stadt nicht arbeiten sollen, dann aber auch keine städtischen Kollegen auf dem Lande Beschäftigung erhalten dürfen, um so weniger, als die städtischen Kollegen gegenüber den Kollegen aus dem Lande in vieler Hinsicht besser gestellt sind. Der Gemeindevorsteher wurde ersucht mit der Zuckerfabrik Verhandlungen aufzunehmen, um in diesem Jahre in erster Linie unsere Kleitenberger Erwerbslosen zu beschäftigen. Zum Schluß ging Genosse Wilde noch auf die Preisverhältnisse in unserem Ort näher ein und ersuchte dringend, anstatt der bürgerlichen, namentlich der Generalanzeigerpresse, die Arbeiterpresse, die „Volkswacht“ zu halten. Desgleichen ist es Pflicht aller Kollegen, beim Konsum-Berein „Vorwärts“ keinen Bedarf zu bedenken und nicht beim kapitalistischen Breslauer Konsum. Genoss ist der parteipolitische Zusammenschluß dringend notwendig, um die Arbeit unserer Genossen in den Parlamenten wirksam zu unterstützen. Insbesondere gilt das für die jugendlichen Kollegen, denen noch sehr viel Erziehung und Bildung nottut.

**Räntchen. Denkmalsbrimborium.** Ein Kriegerdenkmal wurde am Sonntag in Räntchen, Kreis Schweidnitz, enthüllt. Konstantinische Pfänderhüte, Baitenröcke, Ordensglimmer, Kriegerverein, Stahlhelm, war, wie immer bei solchen Denkmalsfeiern, die allmählich zu einer Epidemie ausarten und in der Hauptache zur Verbreitung schwarzer Tintams dienen müssen, auch das Stigma dieser Veranstaltung. Das Dorf hatte schwarz-weiß-rot geschlagen, zu Ehren der gefallenen Krieger, deren Hinterbliebene vom Dank des Vaterlandes so blutwenig merken. Einige ehemalige Offiziere waren überglücklich, den Inhalt ihrer Wollentfelle (die schönen Uniformen) wieder einmal auslassen zu können. Wie Kriegsveteranen mit unwissenden Gesichtern und schredlich viel Blechzeug befangen, standen erwartungsvoll in Reih und Glied und bekräftigten in dem unbetheilten Zuschauer das Gefühl, daß man ihnen verzeihen müsse. Und dann der Stahlhelm. Ja, der Stahlhelm, er stand in Gruppenkolonnen, wohl von überallher zusammengetrommelt und wartete auf die Illustration des Helmbildes, den seine Mitglieder gern sehen wollen solange es nicht ernst wird. Es war eine Feier der üblichen Art auf Dörfern, in denen die Reaktion dominiert. Deshalb wartete Schreiber dieser Zeilen nicht auf die Weiberrede, sondern flüchtete vor diesem Geiste, der die Hinterbliebenen nicht fähig, die Toten aber beehrt, um sogenannte patriotische Tradition zu beweisen.

**Neumarkt. Straßennumbenennungen.** Die bisherige Breitestraße (vom Ring bis zum Ausgange der Stadt) erhält fortan die Bezeichnung „Joblener Straße“. Die bisherige Schmiedegasse (von der Breslauer Straße bis zum Sankt-Johann-Promenade bis zur Einmündung in die Schloßstraße) fortan „Schloßstraße“. Die elektrische Feueralarmanlage wird am Mittwoch, den 14. Juli, mittags 12 Uhr, in Tätigkeit gesetzt. Ein Antritt der Pflichtfeuerwehrmannschaften findet hierbei nicht statt. — Verpachtungen. Am Mittwoch, den 14. Juli, vormittags 10 Uhr, finden im Stadivordnungsamt folgende Verpachtungen statt: 1. Kernofenung an der Fuhung und der ehemaligen Pappelchen Wiese, sowie der Pflaumen am Schabewinkler Wege; 2. Wiesenparzelle links der Fuhungsweg (ein Morgen); 3. Parzelle Nr. 19 Hospitalader am Schabewinkler Wege; 4. Parzelle Nr. 5/8 Hospitalader im Goldfelde; 5. ein Hausstüffel im Schöneicher Felde; 6. Parzellen 1-4 der ehemaligen Wäldchen Wäldchen vor dem Fleckertore; 7. Acker am Galgenberge und an der Schabewinkler Grenze; 8. Parzelle Nr. 362 nach der Bahn gelegen.

**Neumarkt. Ortsausfluß des ADGB.** Zu der am Sonntag vormittag einberufenen Sitzung waren außer dem Verkehrsband, Landarbeitern, Zimmerern und Lederarbeitern, Verband sämtlicher den Ortsausfluß angehörenden Gewerkschaften vertreten. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben der „Volkswacht“ aus Hamburg und betonte den Wert dieser Berichterstattung. — In der Sportplatzangelegenheit wurde beschlossen, nach Abschluß des Sachvertrages und nach erfolgter Vernehmung die Umgestaltung des neuen Platzes auszuführen. Die vom Ortsausfluß an die Gewerkschaften vor Monaten herausgegebenen Guthabens sind (einschließlich der Zinsen und Beiträge) sofort beim Kassierer abzurufen. — Lebhaftig Aussprache erfolgte über die wieder einkehrende Teuerung und wurde festgestellt, daß in benachbarten Städten der Brotpreis niedriger sei als in Neumarkt (70 Pf.). Auch in den Gemüsen und Obstpreisen sei gegenüber Breslau ein merklicher Unterschied zu verzeichnen. Klischen kosten hierzu das Pfund 10-15 Pf., wohingegen man in Breslau Qualitätsware vier Pfund für 20 Pf. kaufen kann. Das Gleiche trifft bei allen Gemüsen zu. Der Ortsausfluß beschloß, den Landrat um strengste Überwachung der allgemeinen Preisbildung zu ersuchen. Um bei in diesem Winter steigenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen, fand ein Antrag Annahme, wonach der Magistrat für rechtzeitige Ausarbeitung von Notstandsarbeiten Sorge tragen möge. Da es in letzter Zeit vorgekommen ist, daß bei einem Brande tätigen Pflichtfeuerwehrmannschaften Vorkommen ist, wurde beschlossen, in einem Schreiben den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Arbeitgeber Lohnkürzungen nicht eintreten lassen. Kleine, weniger wichtige Anfragen trübten den Schluß der Sitzung.

#### Gesundheitliches.

Die Gemohnheit des Kauens, auch außerhalb der Mahlzeiten, wie sie bei den primitiven Amerikanern und Amerikanerinnen in der Tagesordnung ist, biligert sich auch in Deutschland immer mehr ein, und mit Recht. Das Kauens chemisch absolut reiner Kautschonbons ist nicht nur eine nervenberuhigende angenehme Betätigung, sondern birgt auch mannigfache Vorzüge von hygienischem Wert in sich. Praktische Erfahrung hat ergeben, daß die zeitliche Speichelauflösung dem Magen nützlich ist, die Verdauung fördert, und daß eine Desinfizierung und Reinhaltung des Mundes und der Zähne die natürliche Folge des Kauens ist.

Vor kurzer Zeit sind die bekannten Wrigley-B.K.-Kautschonbons auch in Deutschland eingeführt worden. Sie werden in einer muntergütigen modernen und nach streng hygienischen Grundsätzen eingerichteten Fabrik in Frankfurt a. M. hergestellt. Obwohl die Bonbons, die nicht gegessen, sondern nur gekaut werden, deutschen Begriffen vielleicht noch ungewohnt sind, erfreuen sie sich schon heute großer Beliebtheit.

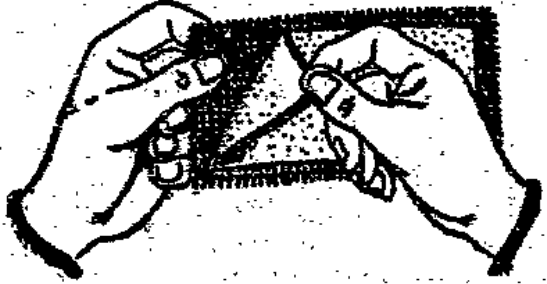
Das Stumpfsalzwerk, G. m. b. H., Hamburg, ist der alleinige Hersteller des bekannten und für viele unentbehrlich gewordenen Stumpfsalzes. Die gegenwärtige Zeit stellt an jeden Menschen ganz besonders hohe Ansprüche. Die heutige Devisse, geistige Frische und geundener Körper, wird leider nur zu wenig beachtet. Wie viele „müllern“ und „menschen diecken“, so sollte jeder in der heutigen modernen Zeit auch „Kautschonbons“ verwenden, die durch vornehmlich eine gute Funktion der inneren Organe, wie Leber, Galle, Nieren und Magen, sowie eine Reinigung des Blutes und ein geundener Stoffwechsel erreicht. Die hervorragende Wirkung dieses Präparates und die allgemeine Zufriedenheit damit hat bereits das Schlagwort von der Stumpfsalz-Lebensstunde geprägt, jenem Gefühl vorzüglicher und gelühter Frische und Leistungsfähigkeit, das nur wirklich gesunde Menschen kennen. Den Generalvertrieb hat Brill & Brunner, Breslau, Mauritiusstraße 22, Telefon Ring 8314.

## Ein gutes Rezept gegen Fußschmerzen

Fußleidende erkennt man sofort am Gange und an der ganzen Körperhaltung. Sie gehen „wie auf Eiern“, die Haltung ist steif, unfähig, müde.

Das kommt von den andauernden Schmerzen beim Gehen und Stehen, und es ist klar, daß ein Mensch, der sich stets unbehaglich fühlt, in seinem ganzen Benehmen einen nervösen, ängstlichen Eindruck macht, weil er stets darauf bedacht sein muß, seine Füße vor empfindlichen Berührungen zu schützen, und sich darum hütet, fest und energisch aufzutreten.

Deshalb ist es keine Übertreibung, wenn man sagt, daß eine gute Fußpflege nicht nur den Füßen wohlut, sondern eine Kur für Leib und Seele ist.



Früher konnte man gegen Hühneraugen nur ein Mittel: Schneiden. Manche übliche oder mit Verlust eines Fußes verbundene Blutvergiftung ist daraus entstanden. Jetzt bekämpft die Zeitungen viel seltener über solche Vorfälle.

Später experimentierte man mit allerlei unbedenklichen Mitteln, welche sich jedoch nicht bewährten, weil sie vielfach infolge der unpasslichen Form eine Steigerung der Schmerzen bis zur Unentbehrlichkeit verursachten.

In neuerer Zeit wird das Kufrol-Hühneraugen-Pflaster am meisten angewendet. Dieses Präparat ist sehr wirksam, es muß jedoch richtig angewendet werden.

Wichtig ist, daß man zunächst abends ein Kufrol-Fußbad (Karlton mit 2 Bädern 50 Pfg., Sparpudung mit 5 Bädern 1 Mk.) nimmt, denn das erleichtert und beschleunigt die Kur ungemein.

Hierdurch werden die Schmerzen schon nachlassen. Man trocknet dann die Füße gut ab und wartet bis zum nächsten Morgen, damit auch die verhornte Haut des Hühnerauges wieder trocken ist, d. h. statt der weißen Farbe wieder eine leicht gelbliche angenommen hat, denn auf der durchnässten Haut haftet kein Pflaster. Am Morgen muß dem Kufrol-Fußbad, das man nun dem Kufrol-Hühneraugen-Pflaster (Badung 75 Pfg.) die Schutzgaze etwas ab (siehe Abbildung 1) und schneidet dann mit der Schere aus dem Kufrol-Hühneraugen-Pflaster ein kleines Stückchen genau in der Größe des Hühnerauges heraus (siehe Abbildung 2). Nicht etwa größer, damit nicht auch die normale Haut behandelt wird. Dann drückt man das abgetrennte Pflaster fest auf die zu behandelnde Stelle. Es haftet nun absolut sicher und fällt in kurzer Zeit die Schmerzen, weil das Hühnerauge jetzt darunter erweicht.

Ist das Hühnerauge nur klein und dünn, so kann man es in einigen Tagen leicht von seiner Unterlage, die nunmehr aus normaler Haut besteht, abheben. Am besten räumt man vorher noch ein Kufrol-Fußbad, denn es löst sich dann viel leichter ab. Ist das Hühnerauge aber tief eingewachsen, eins von denen, die jedem anderen Mittel trotzen, so wiederholt man das Verfahren nochmals. Das ist besser, als wenn man das bereits gelöste Hühnerauge mit Gewalt abreißt. Unter der Einwirkung des Pflasters ist die hornartige, harte, jübe Substanz des Hühnerauges weich, weich und bröckelig geworden, und zwar bis in die sogenannte Wurzel, die in parallelen Fällen tief in das Fleisch eingedrungen war und die hörenden, brennenden Schmerzen verursachte.

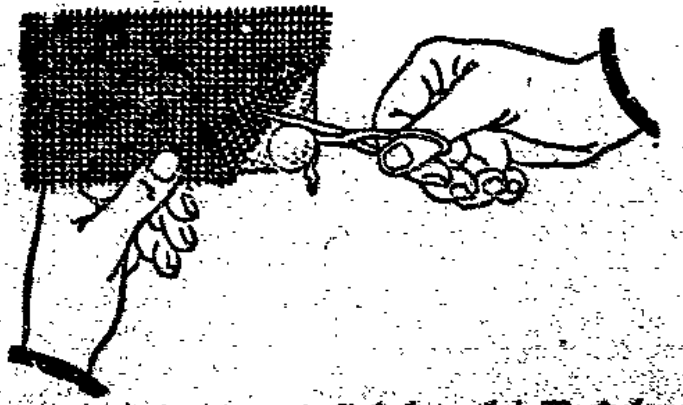
In gleicher Weise behandelt man Hornhaut auf den Fußsohlen, die oft in diesen Stellen, besonders in der Fußengend, auftritt und ebenfalls heftige Schmerzen verursachen kann.

Bei richtiger Fußpflege mit den vielmillionenfach bewährten Kufrol-Präparaten tritt oft eine förmliche Verjüngung ein, weil der Gang viel elastischer und kräftiger wird und die dauernde Müdigkeit, die man bei vernachlässigter Fußpflege empfindet, in auffälliger Weise einem gesunden Kräftegefühl weicht.

Außer der Befreiung von Schmerzen, macht sich hier die sehnend- und nervenberuhigende Wirkung des Kufrol-Fußbades geltend. Besonders nach größeren Anstrengungen der Füße spürt man die stärkende und erfrischende Wirkung sehr deutlich. Die Schmerzen in den Gelenken und im Innern des Fußes hören sofort auf, und sie werden auch über die häufig auftretenden nächtlichen Wadenkrämpfe nicht mehr zu klagen haben.

Zur Fußpflege gehört auch der Kufrol-Streupuder, gegen Fußschweiß, Bündelaufen und Rennen. Die große Dose, deren angenehme parfümierter Inhalt wenigstens einen Monat ausreicht, kostet 75 Pfg.

Der Kufrol-Streupuder hält die Füße trocken und kühl, damit vor Erfaltungen, denn gerade Leute, die an Fußschweiß leiden, sind solchen besonders ausgesetzt.



Die Kufrol-Produkt in Bad Sachheim bei Radeburg stellt eigene Kufrol-Kurpudungen her, die alle drei Kufrol-Präparate enthalten. Man bekommt sie zur Kurpudung ebenfalls für 2 Mark in fast allen Apotheken und Drogerien, wenn nicht dann direkt durch die Fabrik.

Wer hart unter leuchtenden Füßen zu leiden hat, sollte sich auch gleich die Kufrol-Güßelchen für den Sommerurlaub mitnehmen, die den Schweiß aufsaugen und hartigens sehr wirksam sind (Kufrol-Vaar nur 50 Pfg.).

Benutzen Sie die vorzüglichsten Kufrol-Präparate, danken Sie und Sie werden sich viel kräftiger und froher fühlen als über Fußschmerzen nicht mehr zu klagen haben.



# Werksgemeinschaften sind nicht tariffähig!

# Wirtschaft.

## Sowjetrußlands Wirtschaftskrisis.

Von Paul Oberg.

II.

### Der Ausgangspunkt der Krise.

Im Hinblick auf die gute Ernte werden für das Wirtschaftsjahr 1925/26 mehr als 600 Millionen Rubel (8,6 Millionen Tonnen) Getreide zur Ausfuhr vorgesehen, dessen Wert circa 750 Millionen Rubel (1 Rubel gleich 2,16 Mark), nach Vorkriegspreisen berechnet, erreichen sollen. Dieser Plan schlug jedoch fehl. Der Wihersatz ist zum Teil auf die Lage des Weltgetreidemarktes, hauptsächlich aber auf die inneren russischen Verhältnisse, speziell auf die organisierten Mängel des Wirtschaftssystems, zurückzuführen. Fast in allen Ländern der Welt ist im Jahre 1925 die Ernte gut ausgefallen. Bekanntlich ist zurzeit der Getreideexport nur für Getreideorten von hoher Qualität rentabel, und das nur für besonders konkurrenzfähige Länder, deren Beschaffungspreise und Spesen nicht hoch sind. Der russische Handelsapparat ist aber teuer und dazu noch schwerfällig. Im Jahre 1924 beliefen sich die Ausgaben für Verwaltungs- und Handelspersonal, Transport, Verladung, Kommissions- und sonstige Spesen auf 0,71 Rubel pro Rubel; im Jahre 1925 wurden sie auf 0,88 Rubel festgesetzt. Diese Spesen müssen als enorm bezeichnet werden, da sie 58 Prozent des Getreideverkaufspreises betragen, während sie in der Vorkriegszeit 30 Prozent nicht überstiegen.

Laut einer speziellen Bestimmung stellten die staatlichen Einkaufsstellen im Jahre 1925 ihren Plan auf niedrige Getreidepreise ein, und zwar auf 0,70 Rubel pro Rubel. Diese Kaufkraft bewährte sich nicht, weil der Bauer keinen Anlaß hatte, sich mit dem Verkauf des Getreides zu beilen; er wartete auf günstigere Marktverhältnisse, die gewöhnlich Ende des Jahres, wenn die Getreidevorräte gering sind, eintreten; umso mehr, weil die Gesamtwirtschaft ihm dies durchaus ermöglichten. Die landwirtschaftliche Besteuerung war voriges Jahr herabgesetzt und ihre Entlastung gestundet. Nach den schweren Entbehrungen der letzten Jahre sah sich die Bauernschaft veranlaßt, aus den Überschüssen des Getreides vor allem einen Lebensmittelfonds für eventuelle böse Zeiten zu sichern; (sie lehrte, mit anderen Worten, zu dem Verzehren zurück, das in Rußland vor dem Weltkrieg gebräuchlich wurde). Die Hauptursache, weshalb der Bauer sein Getreide zurückhielt, bestand darin, daß er für den billigen Preis, der ihm vorgeschlagen wurde, den entsprechenden Gegenwert nicht bekommen konnte, da zwischen den Preisen der Industrieerzeugnisse und denen der Landwirtschaft ein scharfes Mißverhältnis zuungunsten der landwirtschaftlichen Produkte besteht. Selbst ein Preis von 1,8 Rubel für das Rubel (16,32 Kilogramm) Weizen, (siehe die sowjetrussische „Handels- und Industriezeitung“ unter dem 3. Oktober 1925, erscheint dem Bauern als unvorstellbar, da er für ein Rubel Weizen nur 1 Arschin Kattun erhält, während er dafür in der Vorkriegszeit 7 bis 8 Arschin erhielt.“

Infolge dieses Unterschiedes, der auf verschiedene Ursachen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, zurückzuführen ist, gelang es der Sowjetregierung, bis zum 1. Februar dieses Jahres nur etwa 383 Millionen Rubel aufzutreiben. Dabei war der Selbstkostenpreis so hoch, daß die Ausfuhr direkt unrentabel war. Sie mußte daher eingestellt werden. Darauf sagte die Regierung den Bauern, den Getreideexport durch die Ausfuhr von Holzwaren, Brennstoffen und einigen anderen Artikeln zu ersetzen. Das finanzielle Ergebnis dieser Operation war jedoch relativ gering. Obgleich dann die Einfuhr ungefähr um 50 vom Hundert eingeschränkt wurde (anstatt der geplanten Einfuhr für 518 Millionen Rubel wurde sie auf 280 Millionen Rubel herabgesetzt), hatte Rußland in den ersten fünf Monaten des Wirtschaftsjahres 1925/26 eine passive Handelsbilanz von 68,7 Millionen Rubel. Im Jahre 1924/25 zeigte der russische Außenhandel eine passive Bilanz von 150 Millionen Rubel. Zur Regelung der ausländischen Rechnungen wurden die Valutareferenzen stark in Anspruch genommen. Der Bestand der russischen Reichsbank an Valutareferenzen und Edelmetallen betrug am 1. Oktober 1925 298,1 Millionen Rubel; am 1. Januar 1926 war er auf 282,5 Millionen Rubel gesunken, am 1. März 1926 erreichte er nur 244,6 Millionen Rubel. Zugleich hat die Notendruckung folgende Verminderung erfahren: Am 1. Januar 1926 betrug sie 266,8 Millionen Rubel; am 1. März 1926 238,8 Millionen Rubel; am 1. April 1926 230,1 Millionen Rubel.

Sowohl die erwähnte miflungene Getreideoperation des vergangenen Jahres als auch die Industrietribute wurden durch Emissionen gedeckt.

Aus den nachstehenden Zahlen ist die Entwicklung der Emission im Verhältnis zum Warenverkehr zu erkennen:

	In Millionen Rubel	Warenverkehr nach den Angaben der Moskauer Börse und den Börsen der 70 Provinzstädte.
Oktober 1924	627,2	498
Oktober 1925	1142,9	1019
Dezember 1925	1266,7	689
Januar 1926	1269,3	599
Februar 1926	1241,4	569
März 1926	1245,8	569
April 1926	1204,2	(vorläufige Schätzung)

Während der Warenverkehr seit Dezember des vorigen Jahres erheblich zurückging, nahm die Geldmasse relativ in schnellem Tempo zu. Eine unmittelbare Folge davon war die Schwächung der Währung. Die Kaufkraft des Arbeiterlohnes (ein Arbeiterlohn gleich 10 Rubel), die nach dem amtlichen Index am 1. Oktober 1925 5,38 Vorkriegsrubel betrug, sank zum 1. März 1926 bis auf 4,29 Rubel. Ebenfalls steht der Kurs der Zehnrubel Goldmünze bedeutend über der Parität. Er erreichte auf der freien Börse im März 11 Rubel, im April 15 Rubel. Auch der private Diskontsatz wurde erhöht; so z. B. stieg er in Moskau im April von 13 Prozent auf 18 Prozent.

(Fortsetzung folgt.)

Die Gefahr einer Aufzuehung der europäischen Automobilindustrie durch die großen amerikanischen Automobiltrusts scheint neuerdings greifbarere Gestalt anzunehmen. Die europäische Automobilindustrie hat die Durchführung der amerikanischen Pläne infolge ihrer Rückständigkeit durchaus erleichtert. So wird jetzt bekannt, daß unter Führung des Bankhauses Morgan & Co. Fusionsverhandlungen zwischen der General-Motor-Ko. und den italienischen Fiatwerken mit Aussicht auf Erfolg stattfinden. Es soll sich zunächst um eine Interessengemeinschaft handeln, wodurch sich die beiden in Frage kommenden Trusts ihre Verkaufsorganisationen gegenseitig zur Verfügung stellen. Im Grunde genommen wird die neue Regelung aber für die Fiatwerke ein Abhängigkeitsverhältnis von der General-Motor-Ko. bedeuten. Da die Fiatwerke starke Interessen in fast allen europäischen Ländern haben, so auch in Deutschland, wird das Zustandekommen der Interessengemeinschaft von großer Bedeutung für die Entwicklung der europäischen Automobilmärkte überhaupt sein.

Die Verhandlungen über die Schaffung polnischer Freihandelszonen in den rumänischen Donauhäfen Galatz und Braila haben neben zu einem günstigen Ergebnis geführt. Polen hofft nunmehr unter Ausnutzung der ausgedehnten Bahnverbindungen zwischen Lemberg und Rumänien seine Handelsverbindungen nach dem Schwarzen Meer und nach dem Mittelmeer auszubauen.

Neue Fusionspläne? Zwischen der J. G. Farben-Industrie und dem Pulverkonzern (Königsmineral und Dynamit Nobel) werden Fusionsverhandlungen geführt. Von anderer Seite wird auch behauptet, daß coenitied mit einer Übernahme der Deutschen Gokolin-Altkien-Gesellschaft (früher Hugo-Stinnes-Nitrat-Montan) durch die J. G. Farben-Industrie zu rechnen ist.

dieselbe Sachung aufweisen, so hat der Schlichtungsausschuss unbedenklich annehmen zu dürfen geglaubt, daß auch bei den andern Firmen das Zustandekommen der Gemeinschaften sich in ganz ähnlicher Weise vollziehen hat, wie bei der Firma Kuhlber.

Ein gewisser Druck oder doch eine gewisse Einwirkung von Arbeitgeberseite aus, die in erster Linie ihre Belange wahrzunehmen wollten (Arbeitszeitabkommen), ist also unverkennbar und es vermag sich gegenüber nichts, wenn gelagt wird, daß gleichzeitig auch die Belange der Arbeiter wahr genommen worden seien, weil diese des höheren Lohnneinkommens halber durchweg gern länger als 48 Stunden hätten arbeiten wollen.

Bei dieser Sachlage können die Werksgemeinschaften schon nach ihrer Entstehung und dem Ziel ihrer Gründung nicht wohl als Gebilde, die zur Wahrnehmung der Belange ihrer Mitglieder völlig frei und unabhängig waren, angesehen werden.

Charakteristisch ist ferner, daß, wie der Arbeitgeberverein selbst erklärt, diese Werksgemeinschaften nur bei den Firmen ins Leben getreten sind, die noch genügend Aufträge hatten, weil nur bei diesen ein Interesse zum Abschluß eines Arbeitszeitabkommens mit längerer Arbeitszeit vorhanden habe.

Die Werksgemeinschaften haben sich dann auch ihrer Gründung entsprechend folgerichtig zunächst nur in der Weise betätigt, daß sie mit den Arbeitgebern Arbeitszeitabkommen abgeschlossen haben, und zwar fast sämtlich gleich mit dem Zeitpunkt ihrer Gründung oder unmittelbar im Anschluß an diese. Dieser Zeitpunkt liegt durchweg Ende Oktober oder Anfang November 1925, also kurz nachdem es feststand, daß der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses über das neue Arbeitszeitabkommen nicht verbindlich geworden war.

Abgesehen von drei Fällen haben sich die Werksgemeinschaften der im Tenor bezeichneten Firmen in der späteren Zeit zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Belange ihrer Mitglieder erstlich gar nicht weiter betätigt, wenigstens hat der Arbeitgeberverein in dieser Hinsicht keinerlei greifbares und stichhaltiges Material beibringen können.

Ueber sonstige Fragen der Regelung der Arbeitsverhältnisse ist schon den Werksgemeinschaften und den Arbeitgebern gar nicht verhandelt worden, wenigstens ist dafür nichts beigebracht. Die Betätigung der Werksgemeinschaften in der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Belange ihrer Mitglieder ist also durchaus einseitig gewesen, indem sie sich nur bezog auf eine Regelung von Punkten, die den Arbeitgebern mindestens erwünscht und begehrenswert war, auf andere dagegen nicht. Der Einwand der Arbeitgeber, daß andere Fragen eben nicht „aktuell“ gewesen seien, ist nicht stichhaltig. Denn wenn eine Vereinigung die Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen soll und will, so muß sie sie in ihrer Gesamtheit und Mannigfaltigkeit wahrnehmen und es ist nicht einzulassen, weshalb z. B. der Regelung der Löhne durch einen Lohnstarif und sonstiger allgemeiner Arbeitsbedingungen durch einen Mamentarif weniger Anlaß vorgelegen haben soll, als zur Regelung gerade der Arbeitszeit und des Urlaubs, die doch auch nur bestimmte Teilausschnitte aus der Gesamtheit der Belange der Arbeiterschaft sind.

Nach allem ist es dem Schlichtungsausschuss nicht zweifelhaft, daß nach dem Anlaß zu dem Entstehen der Werksgemeinschaft, dem Verlauf ihrer Gründung und der Art ihrer Betätigung dieser Gebilde nur „Ad hoc“, d. h. zu einem ganz bestimmten Zweck, ins Leben getreten sind und gewirkt haben.

Da kann keine Rede davon sein, daß sie freie Vereinigungen sind, welche die Belange ihrer Mitglieder in ihrer Gesamtheit unabhängig und unbeeinflusst vom Arbeitgeber im freien Spiel der Kräfte wahrnehmen sollten und konnten wahrgenommen haben.

Sie sind daher nicht geeignet, Träger eines Tarifvertrages zu sein. Bei dieser Sachlage kann ganz davon abgesehen werden, daß zwischen den Werksgemeinschaften und den betreffenden Arbeitgebern Tarifverträge über einen Rahmentarif und ein Urlaubsabkommen, Materien, welche ja den Gegenstand des vorliegenden Schlichtungsverfahrens bilden, mit einer Ausnahme, überhaupt noch gar nicht geschlossen sind.

Hagen, den 21. Juni 1926.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses.

gez. Niederleimer.

Beglaubigt: gez. Bahno.

Werksgemeinschaften der hier bezeichneten Art sind, wie wir bereits vor einiger Zeit meldeten, unter Leitung des bekannten Dr. Stadler in Niederschlesien mehrfach gegründet worden. Bei der Schaffung dieser Sumpfpflanzen — anders kann man sie kaum bezeichnen — verwenden die daran interessierten Arbeitgeber meist mehr oder weniger gelinden Druck, wobei ihnen die schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft noch sehr zu statten kommt. Freilich ist eine solchermaßen geschaffene Schutzgarde für das Kapital durchaus kein so brauchbares Instrument, als es sich mancher Unternehmer vorstellt. Und sie wird das immer weniger, je mehr die aus Not oder Dummheit hineingepreßten Arbeiter merken, wie offensichtlich der Zweck dieser Ort Organisationen gegen die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit gerichtet ist.

Was an uns liegt, soll gechehen, den geistigen Vätern der Werksgemeinschaften recht viel Wasser in ihren herben Wein zu gießen.

arbeiten? Auf diese Frage antworteten die Verammelten mit einem launigen Lächeln. „Ja, Gewisse Lärmes bei dem die Verammelten die Arbeiterschaft mit einem launigen Lächeln antworteten.“

**Die Arbeiter sind Nebenjahre.**

Vom Deutschen Tabakarbeiterverein wird uns geschrieben: Ein Ausbeuter besonderer Art ist der Zigarrenfabrikant, der in Ost- und Breslau noch annähernd 1000 Mark an monatlichem Lohn von vorigen Jahre zu erhalten haben, will er jetzt seinen Betrieb in Breslau wieder eröffnen, ohne den niedrigeren Lohn von vorigen Jahre zur Auszahlung zu bringen. „Dietrich, der trotz des Konjunkturleser selbst gegründeten Aktien-Gesellschaft heute noch keine Vergünstigungen erhalten darf, heißt die Dreistigkeit — obwohl in der Zigarrenindustrie die Arbeitsbedingungen sämtlich geregelt sind — den Arbeitern zu empfehlen, in seinem neuen Betriebe unter den härtesten Bedingungen zu arbeiten. Er glaubt die schlechte Wirtschaftslage und die allgemeine Arbeitslosigkeit in der Zigarrenindustrie und die dadurch verursachte Notlage der Tabakarbeiterschaft als Druckmittel zu diesem Zwecke benutzen zu können. Er ist es wohl mit der Forderung wieder anzunehmen, sollte er sich die rückständige Lage in Ost- und Breslau zu Schulden kommen lassen, die er die zur Stunde die Arbeiter und Angestellten betrogen hat. Die Arbeiter und Arbeiterinnen hätten nach einer Stunde ohne Zahlung des Lohnes weiter gearbeitet, wenn Dietrich nicht immer und immer wieder nachgeben hätte, daß er sich auf seinen Fall an dem rückständigen Lohn der Arbeiter bereichern wolle. Dietrich ist kein Beispiel von einer Art, die man nicht anders als Betrug bezeichnen kann.“

Ein glücklicher Zufall setzte uns in den Besitz eines Entwurfs des Schlichtungsausschusses Hagen, der die sogenannten Werksgemeinschaften als nicht tariffähig erklärt und diesen Beschluß wie nachstehend begründet:

**Zusatz:**  
Anlage zum Protokoll vom 21. 6. 1926.  
gez. Niederleimer,  
Vorsitzender des Schlichtungsausschusses.

Die in den Betrieben verschiedener Mitglieder des Arbeitgebervereins der Metallindustrie des Bodmetalls: Halver, Klempner, Meinerzhagen und Breckerfeld, insbesondere der Firmen:

1. Theodor Krügel & Co., Dahlebrück.
2. C. Kuhlber und Sohn, Dahlebrück.
3. Gebr. Heber, Schalksmühle.
4. Heinrich Jung & Co. zu Halver.
5. Drehsch & Co. zu Halver.
6. Kemper & Kleinhaus zu Halver.
7. Gebr. Löwen zu Oberbrügge.
8. Kaiser & Speilberg zu Schalksmühle.
9. Theodor Ennaper Söhne zu Halver.

durch Zusammenschluß und Uebereinkunft der Belegschaften ins Leben getretenen sogenannten „Werksgemeinschaften“ sind keine Vereinigungen von Arbeitnehmern, welche tariffähig im Sinne der N.O. vom 23. 12. 1918 und der B.O. über das Schlichtungswesen vom 30. 10. 1923 sind.

Gründe:

Der Arbeitgeberverband hat geltend gemacht, daß in den Betrieben verschiedener seiner Mitglieder sich die Belegschaften zu sogenannten „Werksgemeinschaften“ zusammengeschlossen hätten, welche als tariffähige Vereinigungen von Arbeitnehmern anzusehen seien und daß die betreffenden Arbeitgeber mit diesen Werksgemeinschaften Tarifverträge über die Regelung der Arbeitszeit, in einem Falle (bei Kemper und Kleinhaus) überdies ein Urlaubsabkommen abgeschlossen hätten. Der Arbeitgeberverein hat als solche Mitglieder, bei denen Werksgemeinschaften beständen, namentlich die oben unter 1—9 bezeichneten angegeben und hinsichtlich ihrer das bei den Akten befindliche Material über die Entstehung und Betätigung der betreffenden Werksgemeinschaft beigebracht. Bezüglich der sonst noch in Betracht kommenden Firmen hat er angegeben, daß dieselben seiner Aufforderung, maßgebliches Material über die Entstehung und Betätigung der Werksgemeinschaften beizubringen, nicht nachkommen seien.

Die Arbeitnehmer eines Betriebes können sich zu einer Vereinigung zur Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen zusammenschließen. Eine derartige Vereinigung kann auch tariffähig sein, muß dann aber die dazu erforderliche Voraussetzung erfüllen. Dazu ist nötig nicht nur, daß die Vereinigung sich die Aufgabe gesetzt hat, die Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zu regeln, sie muß zur Erfüllung dieser Aufgabe auch imstande sein, also die Eigenschaften besitzen, welche sie befähigen, Träger eines Tarifvertrages zu sein.

Sie muß zur Erfüllung ihrer Pflichten vor allen Dingen frei von jedem Einfluß von Arbeitgeberseite sein und muß nach ihrer Entstehung, ihrem Wesen und ihrer Betätigung die Gewähr bieten, daß sie die Interessen ihrer Mitglieder selbständig und in freiem Spiel der Kräfte wahrnimmt.

Wenn eine solche Vereinigung, hier „Werksgemeinschaft“ genannt, nur aus Arbeitnehmern eines bestimmten Betriebes besteht, so ist von vornherein, was ihre Freiheit und ihre Unabhängigkeit vom Arbeitgeber angeht, schon ein gewisses Mißtrauen berechtigt, da das Arbeitsverhältnis stets eine nach den wirtschaftlichen Zeitläuften mehr oder minder große Abhängigkeit vom Arbeitgeber bedingt.

Dieses Mißtrauen ist hier durch das dem Schlichtungsausschuss von beiden Seiten unterbreitete Material zu der Ueberzeugung verstärkt worden, daß hier die Werksgemeinschaften kein Gebilde sind, welche die Arbeiterbelange in ihrer Gesamtheit und Mannigfaltigkeit ganz frei und unabhängig wahrzunehmen in der Lage sind.

Die Werksgemeinschaften sind hier zunächst gegründet aus Anlaß der Tatsache, daß ein im Oktober 1925, von dem Schlichtungsausschuss gefällter Schiedspruch betreffend ein Arbeitszeitabkommen, von beiden Seiten nicht angenommen wurde und daß dann insoweit ein tarifloser Zustand eintrat, und ferner, wie der Arbeitgeberverein gar nicht bestreitet, auf Anregung der einzelnen Arbeitgeber, die ihrerseits wieder die Anregung zu ihrem Vorgehen von dem Geschäftsführer des Arbeitgebervereins als Zentralfstelle erhielten. Die einzelnen Arbeitgeber traten an ihre Belegschaft mit der Erklärung bzw. mit dem Ansuchen heran, daß ein neues Arbeitszeitabkommen nicht zustande gekommen sei, daß daher vom 1. November 1925 ab entweder nur 48 Stunden wöchentlich gearbeitet werden könnte, oder aber eine Werksgemeinschaft, mit der ein neues Arbeitszeitabkommen geschlossen werden könnte, begründet werden müsse.

Da die sämtlichen Werksgemeinschaften aus ein und demselben Anlaß (Nichtzustandekommen eines neuen Arbeitszeitabkommens) auf ein und dieselbe Anregung von der Zentralfstelle aus und um ziemlich dieselbe Zeit zustande gekommen sind, alle eingetandenermaßen denselben nachliegenden Zweck (Zustandekommen eines neuen Arbeitszeitabkommens für die Einzelbetriebe) hatten, im übrigen in der Mehrzahl fast wörtlich auch

## Lagung der Gewerkschaftsjugend von Rheinland-Westfalen.

Am Sonntag und Montag trafen sich die gewerkschaftlichen Jugendgruppen von Rheinland und Westfalen zum ersten Gewerkschaftsjugendtag in Düsseldorf, den der Bezirksausschuß des ADGB veranstaltet hatte. Am Sonntag abend gegen die Teilnehmer mit Jacken durch die Stadt über die Rheinbrücke auf die Wiesen, um den Ansprüchen zu lauschen, mit denen die Redner des Bundesvorstandes, darunter Grafmann und Alexander Knoll, die Jugend begrüßten. Diese Ansprachen schloß ferner der Teilnehmer den mühevollen Weg, den alle Kämpfer der Gewerkschaften immer zu gehen hatten, bis sie sich durchdringen. Dieser untergeordneten Veranstaltung folgte am Sonntag morgen im Rappelsaal des Planetarium eine herrliche Kundgebung, Heinrich Meyer, der Bezirkssekretär des ADGB, hieß die Jugend willkommen. Nachdem die Arbeitergewerkschaften Düsseldorf zwei Vorträge gehalten hatten, ergriff der erste Vorsitzende des ADGB, Leipzig, das Wort zu einer Ansprache, in der er den Dank und die Grüße des Bundesvorstandes zum Ausdruck brachte. Er ging dann auf die Kameradschaft ein, die zwischen alten und jungen Gewerkschaftlern bestehen müsse. Nachher richtete Robert Dührmann einen heiligen Appell an die Jugend und ermahnte die Soldaten mit allen Werkschaften und Gewerkschaften mit den Arbeitern zu tun. Mari Müller vom Vorstand des Bergarbeiter-Bundes, aus der die Schichtarbeiter, die der Krieg, die Inflation und die Arbeitslosigkeit unter der Jugend warteten haben. Es war dem Vorstand des Zentralverbandes der Arbeiterinnen, welche sich gegen die Schichtarbeiter, die an die ständige Verarmung der Jugend klagen. Als letzter Redner sprach der Vorsitzende des Bergarbeiter-Bundes, Leipzig. Er gab der Jugend einen Appell, den die Distanzlosigkeit die die Gewerkschaften als einen Verband an der Gewerkschaft aufstellen werde. Er rief die Jugend an, die Jugend zu sein, an dem großen Werk der Gewerkschaften mitzu-



# Arbeiter-Sportbewegung

Breslau, den 18. Juli 1928.

## Bundestage der Arbeitersportverbände.

Auf dieses Jahr entfallen 5 Bundestagungen verschiedener Arbeitersportverbände, so des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, der am 25., 26. und 27. Juli in Hamburg tagt, des Arbeiter-Sportbundes, der am 17. bis 20. Juli auf dem Gelände des Arbeiter-Athletenbundes, der am 1. August in Berlin über die weitere Entwicklung seiner Organisation beraten wird, wie weiter auch der Arbeiter-Sportbundes, der in Erfurt zusammenkommt; der Arbeiter-Sportbund als fünfte Organisation hat diese Tagung bereits hinter sich.

Es ist natürlich, daß die politischen Parteien diesen Tagungen ein wesentliches Interesse entgegenbringen. Vornehmlich die Arbeiterparteien sind es, die die Entwicklung der Arbeitersport-Organisationen mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Sind in diesen Forderungen doch jene Arbeiter organisiert, denen der Klassenkampfgedanke keine leere Phrase ist. Nun ist es seit langem ja kein Geheimnis, daß die überwältigende Mehrheit dieser sporttreibenden Arbeiter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehört, und daß die überwältigende Mehrheit dieser Arbeiter sich dem Versuch für die Kommunisten, in diesen Sportorganisationen den Versuch zu machen, politisch Fuß zu fassen.

Aus den Gewerkschaften sind sie in hohem Bogen herausgehoben, man hat von ihren wirtschaftlichen Begründungstheorien keine Notiz genommen, sie haben auch dort, wo sie vorübergehend was zu sazen hatten, alles andere als ersprießliche und die Arbeiterbewegung fördernde Arbeit geleistet. Politisch sind sie abgewirtschaftet, und je größer ihr Gewicht, desto geringer wird ihre Bedeutung. Also müssen sie sich nach neuen Existenzgebieten umsehen. Die Arbeiter-Sportbewegung scheint ihnen das nunmehr am weitesten liegende Gebiet und sie bemühen sich seit geraumer Zeit (mit strengen Rücksichten von Moskau versehen) dort Einfluß zu gewinnen. Es ist ihnen selbstverständlich nicht gegliedert, und daß es in Zukunft nicht glücken wird, dafür sorgt jener Teil der Arbeiterbewegung, innerhalb der Arbeitersportverbände, dem es um die Vorwärtsentwicklung des Arbeitersportgedankens ernst ist und der sehr richtig meint, daß man mit Schreien allein nichts schaffen kann. Von dem gleichen Gedanken werden sich, dessen sind wir sicher, auch die Bundestagungen der obengenannten Organisationen heilen lassen.

Wir sind keine Gegner der Einheitsfront. Wir sind die Gegner, die, wenn auf der anderen Seite die Ehrlichkeit an der Sache überaus augenfällig tritt, sich diesem Einheitsfrontgedanken in den Weg stellen. Aber das, was uns von kommunistischer Seite in der Frage der Einheitsfront zugemutet wird, ist so überheblich, daß sich jede Diskussion auf dieser Grundlage erübrigt. Wir haben bereits mehrfach betont, daß die Luzerner Sportinternationale von der roten Sportinternationale diktiert entgegenzunehmen weder die Absicht hat, noch solche wünscht. Man kennt dort drüben unsere Bedingungen. Auf der von uns vorgeschlagenen Grundlage und bei Zusage der nicht nur parterner Art werden wir uns einig machen. Wir sind aber eine andere Möglichkeit sehen wir zur Stunde nicht. Es ist eine maßlose Hebelwirkung, wenn die schlesische Arbeiterzeitung in ihrer Kampfkampagne zu den Bundestagungen der Arbeitersportverbände behauptet, daß Hunderte von Anträgen bei den Bundesvorständen der Luzerner Sportinternationale liegen, in denen die Abhaltung von Wettkämpfen mit den russischen Arbeitersportlern verlangt wird. Der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hat den sportlichen Wettkampf mit den Russen freigegeben, nachdem von Moskau die Anerkennung der deutschen Bedingungen einging. Die Russen haben zur Beantwortung dieser Bedingungen allerdings eine Frist von vier Monaten gebraucht. Dieses Verhalten der Russen ist natürlich nicht zu Lasten des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes zu legen, und es ist einfach Demagogie einzelner Stellen, diese Dinge in das Gegenteil zu kehren.

## Schlesisches Arbeiter-Turn- und Sportfest.

Ausfall des Sonderzuges Breslau-Görlitz. Trotzdem auf der Strecke Breslau-Görlitz weit über 100 Teilnehmer gemeldet und zu einem Sonderzug nur 500 Bekk-Abfahrtsarten von der Abgangsstation aus benötigt werden, muß der Zug ausfallen. Ursache ist, daß von über 500 Teilnehmern des Bezirks nur knapp 100 für den Sonderzug wegen ungünstigen Anschlusses in Liegnitz gemeldet worden sind. Durch den Ausfall des Sonderzuges ergibt sich eine kleine Abwehrerhöhung für die erwachsenen Teilnehmer des 1. und 2. Bezirks von nur 50 Wfa. Alle Vereine, welche bereits Fahrgeld eingezahlt haben, erhalten das Fahrgeld bis Mittwoch zurück. Die Vereine fahren nunmehr auf Gesellschaftsfahrt, 20 Teilnehmer gleich 25 Prozent Ermäßigung und Jugendfahrtschein gleich 30 Prozent Ermäßigung. Anmeldung mindestens 2 Tage vor Abfahrt. Vereine, welche die Zahl von 10 Jugendlichen und 2 Erwachsenen nicht erreichen, melden ihre Teilnehmer von Sammelstation Breslau, Zugabfahrt 2.16 Uhr, an Bundesgenossen 2.15 Uhr, Matthiasstraße 108, von Sammelstation Liegnitz, Zugabfahrt 1.25 Uhr, an Bundesgenossen M. 2.15, Liegnitz, Volkstraße 2.

Für alle letztgenannten Vereine, welche bereits Fahrgeld eingezahlt hatten und dieses zurückhalten, erfolgt, soweit diese nicht selbständig auf Sonder- und Gesellschaftsfahrt fahren können, die Leistung an Gruppen und M. 2.15 durch Bundesgenossen einzeln.

Die Schwimmer fahren schon am Vormittag. Hab was können zwei Züge benötigt werden: der Frühzug 5.59 Uhr ab der Zug vormittags 11.38 Uhr. Wer also mit diesen Zügen fahren will, komme am Donnerstag ins Polizeibüro ab wegen der Zusammenstellung der Gesellschaftsfahrt.

Alle Vereine des 1., 7. und 10. Bezirks benützen den Vorzug der Dittersbach um 2 Uhr nachmittags, ab Hirschberg um 3.12 Uhr. Der fahrlanmäßige Zug dürfte nicht imstande sein, die Wagenabf. entsprechend zu erhöhen.

Jeder Verein meldet vor Karte die Zeit seiner Ankunft in Görlitz mit Teilnehmerzahl an Bundesgenossen Pauli, Görlitz, Heilige Grabstraße 71.

Erreicherungswerte ist zu verzeichnen, daß von einer großen Zahl von Vereinen täglich Nachmeldungen eingehen. Wegen Wagenstellung für Rückfahrt ist es dringend erforderlich, daß jeder Verein bei Ankunft in Görlitz einen Zettel mit genauen Angaben der Teilnehmerzahl und wann Rückfahrt ein Verkehrsamt abgibt. (Bahnhofsplatz.) Mittagsessen für Kinder wird auf dem Sportplatz für 50 Wfa., 4 Witter-Nadeln mit Rindfleisch, abgegeben. Jede weitere Angabe wollen die Teilnehmer aus dem Besten des Erfolges.

## Generalprobe für Görlitz!

Sämtliche Turnerinnen, sowie Fackelschwinger, Schwimmer und am Fluorantien beteiligte müssen unbedingt am Donnerstag abends 7 Uhr zur Generalprobe im Polizeibüro erscheinen. Auch bei ungünstiger Witterung muß alles zur Stelle sein.

## Wiener Arbeiter-Turn- und Sportfest.

Versammlung auf dem Heldenplatz. — Fackelzug zum Platz vor der Karlskirche.

### „Freundschaft“.

Wer hätte noch niemals dieses Begrüßungswort aus dem Munde der Kinder gehört, die sich der Gemeinschaft der Kinderfreunde angeschlossen hatten? Sicher doch viele Genossen und Genossinnen. Und doch gab es unter den Arbeiterportlern nicht nur Hunderte, nein, Tausende, die bei ihrem Einmarsch in Wien zum ersten Male mit dem Wort „Freundschaft“ auf das allerherzlichste von der gesamten Wiener Arbeiterbewegung begrüßt wurden und auch hier zum allerersten Male dieses Wort der brüderlichen Verbundenheit hörten.

Aber es blieb in Wien nicht nur beim Hören und Wiederzureden dieses den Kindern und entnommenen Begrüßungswortes, sondern dieses Wort erhielt durch die Wiener Arbeiterbewegung einen Inhalt, den die Tausende und abermals Tausende von Arbeiterportlern aus Deutschland und den umliegenden Ländern erlebten. Ein sonst banales Begrüßungswort wurde hier in Wien zu einem Symbol der solidarisch verbundenen Arbeiterbewegung. Freundschaft wurde nicht nur gesagt, blieb nicht nur Lippenbekenntnis, sondern wurde zur Tat, wurde erlebt und zum Erlebnis.

Und gerade darin liegt in der ungeheuren Wert des Wiener oder vielmehr des ersten österreichischen Arbeiter-Turn- und Sportfestes, daß es den Arbeiterportlern nicht nur Gelegenheit gab zu machtvollen sportlichen Rundzügen, sondern darüber hinaus die Möglichkeit gab, wieder einmal die Solidarität aller arbeitenden Schichten erleben zu lassen.

Daß das gastfreundliche Wien und ganz besonders unsere gastfreundlichen Wiener Arbeiter alles unternahmen, um uns, den Gästen, den Aufenthalt in Wien so angenehm wie möglich zu machen, uns die brüderliche Solidarität erlebnisartig zum Bewußtsein zu bringen und in uns das Gefühl zu wecken, daß wir bei Kampf und Klagen genossen sozialistische Lebensgemeinschaft erleben, das werden wir den Wiener Arbeitern nicht verzeihen, das werden wir als das schönste Erlebnis mit in unsere Heimat tragen, hinein in den kommenden Alltag, der uns doch wenig Freude gibt.

Gewiß werden wir als Arbeiterportler stolz auf unsere sportlichen Leistungen sein, und behauert wäre es, wenn kein sportlicher Ehrgeiz vorausgesetzt, daß er keine Refordtag darstellt, vorhanden wäre, und noch bedauerlicher wäre es, wenn die ganze Sportveranstaltung nicht im Dienste der Propaganda für den Arbeiterport stehen würde, aber darüber hinaus dürfen wir doch nicht vergessen, daß wir als Arbeiterportler nicht nur allein Sportler sind, daß wir uns nicht selbstzufrieden mit den sportlichen Aufgaben abgeben dürfen, sondern daß wir auch weltanschaulich an die sozialistische Idee gebunden sind, daß wir dementsprechend auch Pflichten gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung haben.

Der sportliche Wert des Wiener Arbeiterporttages wird bestimmt noch genügend gewertet und besprochen, der ideale Wert dagegen dürfte oft unerwähnt bleiben, deshalb wollen wir zuerst einmal diesen idealen Wert hervorheben, damit er bei den einsehenden Besprechungen über den sportlichen Erfolg des Wiener Arbeiterporttages nicht ganz übergegangen wird.

Wie fühlen wir uns als Sportler den Wiener Arbeitern verbunden?

Wäre es einem großen Teil unserer Genossen möglich geworden, ohne die Gastfreundschaft der Wiener Arbeiter nach Wien zu gehen und auch viele Tage in Wien zu bleiben? Nein, ganz unmöglich wäre es den meisten Wienfahrern geworden, trotz der wochenlangen Eisenreise, nur einige Tage in Wien zu bleiben, wenn sie für Essen und ihre sonstigen Bedürfnisse hätten aufkommen müssen. Und diese Sorge haben ihnen die Wiener Arbeiter abgenommen, haben sich selbst diese Sorge aufgeladen, trotzdem sie sehr stark unter der Arbeitslosigkeit leiden. Und gerade im stärksten Arbeiteriertel, im 10. Bezirk, in Favoriten — wo auch der wunderbare herrliche Reumann-Bau und das gewaltige, größte Bad des Kontinents, das Maria Theresia nach der Genösin Amalie Wolfer benannt, stehen, beide Gebäudefeiten von der Gemeinde Wien gebaut und finanziert — wo zugleich die Arbeitslosigkeit mit am stärksten vertreten ist, wurde die herzlichste und freudigste Gastfreundschaft geübt. Wahrhaftig, das schönste Erlebnis, das wir als Arbeiter von unseren Arbeitsbrüdern heimtragen.

### Auf dem Heldenplatz.

Eine der größten Demonstrationen, die Wien je gesehen hat. Die Wiener Arbeiterbewegung hat ihre Gäste würdig gefeiert. Im Riesenraum des Heldenplatzes versammelte sie die Turner, Ordner und rote Kräfte. Es kamen Menschenmassen zusammen, wie sie dieser Platz noch nie gesehen hat. Zehntausende konnten nicht mehr eingelassen werden, weil immer neue Flüge von Turnern und Turnerinnen anlangen, um den Festteilnehmern, besonders den auswärtigen, die Teilnahme an dem Konzert und der Verlammlung zu ermöglichen. Alle auch die höchsten Erwartungen hat dieser Festbesuch übertraffen. Im Rahmen der abendlichen Silhouetten des schönsten Teiles der Ringstraße bot dieses Menschenmeer ein unerschöpfliches Bild.

Ein Bläserchor begann mit dem Königsmarsch aus Meyerbeers „Prophet“. Dann kamen 1200 Sänger des Arbeiterjüngerbundes „Die Arbeit“. Dem brausenden Beifall folgte die Bundeshymne, die von Riesen vertonten Worte Karl Kenners, die hier als Freigedächtnis zur Republik erklangen. Nun sprach der deutsche Reichstagspräsident Genosse Laube-Breslau: „An diesem Platz der schönen, alten Stadt Wien begrüßen sich heute Vertreter der Arbeiterbewegung Wiens, der Arbeiter aus allen Bundesländern und aus dem Ausland. Wer heute die herrlichen Darbietungen der Turner und Sportler gesehen hat, der hat erkannt, daß sich die Arbeiterbewegung eines ebenbürtigen Platz unter den anderen Zweigen der internationalen Arbeiterbewegung erobert hat. Auch euer Kampf ist Kampf gegen den Kapitalismus, der die Schulkinder eurer Väter und Mütter niederbeugt, ihre Arme entkräftet hat. Die Jugend muß sich wieder aufrichten, um in stolzer Haltung und leuchtenden Augen ihre Aufgaben erfüllen zu können. In diesem Zweck fühlen wir unsere Glieder, nicht zum Zwecke eines neuen kriegerischen Zusammenstoßes. Gerade hier, an diesem internationalen Sporttag, verpflichten alle Teilnehmer, daß unsere Mägen das Ziel haben müssen, den Menschen der arbeitenden Klassen Bewußtsein und Kraft in einem gelunden Körper finden zu lassen. Ein letztes Wort an meine Landsleute: Immer, wenn wir diese Stadt arühen, den Stephansturm, die stolzen Bauten, ihre Blumen und Nieder, denken wir daran, daß hier ein deutscher Volkstamm wohnt, der sich nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker geübt sehen will mit dem großen deutschen Volk. (Hier donnerte ein Applaussturm über den Heldenplatz.) Alle unsere Bestrebungen, auch die der sportlichen Organisationen, sind darauf gerichtet, die große Masse des werktätigen Volkes zu freier Menschheit emporzuführen.“ Nach einem neuen Trompetensignal eröffnet Nationalrat Dr. Julius Deutsch das Wort zu einer Rede, in der er die ungeheure Bedeutung des republikanischen Sportfestes für die wehrhafte Verteidigung der Republik gegen alle Angriffe

der Reaktion hervorhob. Nachdem die versammelte Menge die „Internationale“ und das „Lied der Arbeit“ gesungen hatte, wurden die Fackeln entzündet, und der breite Strom der Menschen ergoß sich durch drei Tore auf die Ringstraße. Nun ging es in Zwölfereihen in unabsehbarem Zuge bis zum Karlsplatz. Über den weiten Platz legte sich plötzlich ein rotes Glänzen, aus dem mächtig die herrliche Architektur der Karlskirche emporragte. Ein Trompetensolo, Säcus Festgelang hallte jetzt über das weite Flammengmeer hinweg. Aber noch immer zogen die Fackelträger heran. Tausende glühende Punkte tauchten noch immer in weiter Ferne auf, kamen näher und ergossen sich in die lobende Glut. Nun konnte der Platz keinen Mann mehr fassen. Genosse Richter sprach. Er grüßte die tausenden Mann, die teilenden Kämpfer des Sozialismus und schloß seine Rede mit einem Hoch auf das internationale Proletariat. Dann grüßte Richter die sozialistischen Sportler und Sportlerinnen, und seine Worte hingen mit einem Hoch auf die Luzerner Internationale aus. Ein Beifallsturm drang über den Platz hinweg. Und nun erklang das „Lied der Arbeit“, von ungezählten Tausenden in die Nacht hinausgelungen.

### Der Aufmarsch der Nationen.

Es ist 3/3 Uhr nachmittags. Eine schwere, dunkle Wetterwand steigt drohend und unheimlich am Horizont auf. Dausend fährt der Sturm über den Platz, hüllt die in großer Zahl erschienenen Zuschauer in Staubwolken und treibt die Menge unter die schützenden Tribünenböden. Blitze zpringen in wilden Zickzacklinien über das dunkle Firmament. Rollend hallt der Donner und ein Hagregen rauscht herab, der in Nu den Trabrennplatz unter Wasser legt. Niemand glaubt, daß der Aufmarsch der Nationen möglich ist. Doch plötzlich um 3 Uhr setzt die Musik ein und durch arauen Regenvorhang schimmert das Rot der Fahnen. Die internationalen Arbeiterportler marschieren auf. Voran eine mächtige rote Fahne, in der der Sturm rauscht und zerrt. Mit aller Kraft muß sich die riesige braune Athletengruppe, die hoch in den Äulften das Zeichen des Sozialismus trägt, gegen den wütenden, braulenden Sturm stemmen, und es geht aus, als müßte jeden Augenblick der Fahnenstapel brechen. Krachend und hallend rollt der Donner über den großen Platz, doch er wird übertrumpft vom dem unbefriedigenden Jubel, mit dem die Athleten empfangen werden. In der Spitze der Nationen marschiert Deutschland mit 100 Wettkämpfern. Es folgt noch eine große Anzahl deutscher Wettkämpfer, weil die heute eintreffenden Sonderzüge über 5 Stunden Verpätung haben. Letztlich folgt mit einer kleinen Mannschaft, bei ihr die 17jährige Olga Drivin, die Olympiasiegerin im Speerwerfen. Dann folgen Polen, Jugoslawien und die Tschechoslowakei (Austriar Arbeiter-Turn- und Sportbund). Letzterer ebenfalls stark vertreten. Das Land Österreich ist außerordentlich stark vertreten, 500 Wettkämpfer marschieren auf, an der Spitze die Leichtathleten in militärischen Uniformen. Unabhängig rauscht der Regen, zudende Blitze und rollt der Donner. Doch unbeirrt, unaufhaltsam marschieren die Sportler und Sportlerinnen durch das Unwetter. Nachdem sie vor den Tribünen aufgestellt genommen haben, spricht der Genosse Richter zu ihnen: „Proletarische Wettkämpfer! Namens des Arbeiterbundes für Sport und Körperkultur Österreichs grüßen wir euch auf diesem Boden als einen der hingängsten Mitglieder der Arbeiter-Turn- und Sportinternationalen. Wir wollen beweisen, daß wir nicht nur die Staatsangehörigen, sondern auch die Tatsächlichen als Gleichberechtigte in internationalen kämpfenden Proletariat aufgenommen sein wollen. Wir grüßen euch hier beim ersten österreichischen Arbeiter-Turn- und Sportfest im Sinne der körperlichen Erhaltung des Proletariats und im Sinne der Rehehaftmachung desselben gegen den Faschismus, gegen die Reaktion, für den Sozialismus, für die Befreiung der Arbeiterklasse. Wir sozialistischen Arbeiterportler, wir sind der Trost, wir sind die Kraft des Proletariats. Wir wollen treu zu unserer Fahne halten. In diesem Sinne grüßen wir euch ausländische Genossen als Brüder und Schwestern. Unsere Kämpfe haben den Zweck, den Klassenkämpfer zu stärken. Wir grüßen euch mit einem kräftigen „Frei Heil!“ Ein donnerndes „Frei Heil!“ antwortete dem Redner. Darauf sprach Karl Lin (Leitland): „Überhalb Millionen Sportler der Luzerner Internationale richten heute ihren Blick nach Wien. Nach dem arabischen Welt, das die österreichischen Genossen organisiert haben. Wir lieben staunend und bewundern sie ob dieser arabischen Leistung, die dazu beitragen soll, die Arbeiterbewegung in der ganzen Welt zu stärken. Es lebe die Luzerner Sportinternationale!“ Nun ergreift der Organisator des Festes, Genosse G. a. l. g. e. b. das Wort: „Wir haben dieses Fest geschaffen nicht in der Absicht, den Wettkampf um seinen selbst willen zu feiern, sondern um unsere Körper zu stärken, damit wir unsere Sache, den Sozialismus, zum Siege führen können. Nur in diesem Sinne kämpfen wir und betreiben den Sport. Ich möchte euch bei euren Kämpfen einen vollen Erfolg und erkläre hiermit die offiziellen Wettbewerbe für eröffnet.“ Nun wurde die Internationale“ gesungen. Hornsignale gaben das Zeichen zum Aufbruch und unter den Klängen eines Marschliedes verließen die Wettkämpfer den Trabrennplatz.

### Der Kinderfackelzug und die Freilübungen der Knaben und Mädchen auf dem Trabrennplatz.

Viel Tausende Proletarier, Wiener und Gäste aus aller Welt, bewillkern festlich gestimmt, den Trabrennplatz. Gilt es doch, sich die Früchte jahrelanger ernster und opfervoller Arbeit anzusehen, den wunderbaren Erfolg sozialistischer Körpererziehung.

Heute ist der Tag der Kinder, ein Tag, der nicht nur für die zusehenden Eltern besonders bedeutungsvoll ist, sondern auch für jeden, der den Wert der körperlichen Ausbildung der heranwachsenden Generation zu schätzen weiß. Was erwartet gesamt den großen Fackelzug, endlich hört man die frohen Klänge einer Kapelle des republikanischen Sportbundes, und es erhebt sich, von den Zuschauern kühnlich begrüßt, die Spitze des Zuges: die roten Pärchen. Die Woge des Genossens in der Spitze des Zuges ist eine starke Beteiligung der österreichischen Proving. In dem Augenblick, da die rote am Festplatz erscheint, ist das Ende noch am Ausgangspunkt am Praterstern, 10.000 Kinder — 4000 Knaben und 6000 Mädchen — marschieren in der Zeit von 1 1/2 Stunden durch die Trabrennbahn. Die einzelnen Teile des Zuges — rote Pärchen, schwebende Kinder, die Kräfte und Trömler, aus Deutschland usw. — werden kühnlich begrüßt. Nachdem der Zug über die Trabrennbahn in die Garderoben einmündet, werden sofort die Vorbereitungen für die Freilübungen getroffen, und nach kurzer Zeit marschieren bereits die Knaben in geschlossenen Säulen in die Innenbahn. 3000 Knaben werden von Genossen G. a. l. g. e. b. begrüßt. Mit einfachen, klaren Worten erklärt er den Kindern die übermächtige Macht und Schönheit der Gemeinschaft. Der einzelne Arbeiter sei viel zu schwach, man beachte ihn nicht, er aber mit seinen Genossen fest verbunden, dann stelle er eine große, imontierende Macht dar. Nach dieser Rede, die von den Kindern mit einem frohen „Frei Heil!“ beantwortet wurde, gab ein Hornruf das Zeichen zum Beginn der Freilübungen. Die Knaben führten die Übungen mit Kraft und Energie und vorbildlicher Genauigkeit aus. Beachtenswert ist, daß die Kinder aus der Provinz, die in der Mitte eingeschlebert waren, besonders eifrig und freudig turnten. Nach dem Anmarsch der Knaben marschierten gleich 4000 Mädchen auf. Nun begrüßte Genosse Stadler Speller die Mädchen und sprach einige begeisterte Worte über das Turnen. Die Musik spielte das Mädchenlied, das mittels der Lautsprecher eine Anlage des Sozialistischen Sportbundes weithin hörbar wurde. Die Mädchen sangen während der Übungen das Lied mit. Amulig und achselhoch führten sie die Übungen aus, die im Gegensatz zu den vorhergehenden der Knaben mehr ein räumliches Element aufwies. Der Anmarsch der Mädchen sollte sich unter traumhaftem Jubel der besetzten Zuschauer.



Vom Baderecht.

Durch baufreie Aufführung und sorgfältige Werbung für... Baden in Bädern und Seen zu einem allgemeinen Volksbedürfnis geworden...

Die Verordnungen, die natürlichen Gewässer zur Baden zu benutzen, ist in den Landesgesetzen geregelt. In Preußen hat jeder... Baden in Bädern und Seen zu einem allgemeinen Volksbedürfnis...

Nach § 36 WBO. darf niemand den Gemeingebrauch (Baden) der Wasserläufe hindern. Der Eigentümer des Mählers darf Baden nicht unbillig erschweren...

Nach dem preussischen Landesrecht kann man heute von der Wasserpolizei verlangen, daß sie die Behinderung des Badens verbietet...

Nach dem schon bestehender Baderecht und den zeitgemäßen Ansprüchen der Bevölkerung jätten die Ortsbehörden folgende Aufgaben: Beschließung der Ufer möglichst vieler Gewässer...

Die Hirnleuse Fußball

transfiziert die „Frankfurter Zeitung“ unter anderem: „Der Inhaber des Intellekts braucht heute nur zu erklären, daß ihn alles Geistige weniger interessiert, als die Frage, ob der Altmeyer Gesehe (Spieler der Berliner Bertha) gut in Form sei...“

Beendeter Führerkursus der Naturfreunde in der fränkischen Schweiz.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ sieht eine seiner Hauptaufgaben darin, seine Mitglieder an den Sonntagen aus den Städten herauszuführen in die freie Natur...

Holland vor den Anfängen des Arbeiterports.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Einen eigentlichen Arbeiterport hat es bisher in den Niederlanden nicht gegeben; die sporttreibenden Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich immer in bürgerlichen Sportvereinigungen unterhalten...

Begeht nicht, für Cure Darel und für Cure Presse zu werden

Notizen.

Meber die Auslandsspiele im Fußball lassen der letzten Sitzung des Bundes-Fußballvereinsausschusses in Leipzig eine Reihe... Ein eigenes Haus hat sich die Freie Turnerschaft München auf ihrem Sportplatz bei Dachau an der Lippe geschaffen...

Der 8. Bundestag des Arbeiter-Athletenbundes findet vom 31. Juli bis 2. August im Situnasaal des Rathauses von Berlin-Neukölln statt. Quartiermeldungen sind an Herrn... Vertief-Schwimmkurse für Schüler hat die Stadt Berlin in den städtischen Schwimmhallen und verschiedenen Freibädern eingerichtet...

Das Programm der (bürgerlichen) Olympischen Spiele, die 1928 in Amsterdam stattfinden, ist soeben durch den holländischen Olympischen Ausschuss bekanntgegeben worden...

Die Spielpläne der Frühjahresserie. Verein, Spiele, Punkte, Tore. Fortuna I, 6, 9, 3, 15; Wacker II, 6, 8, 3, 15; 1921 I, 6, 7, 5, 15; Dewig I, 6, 7, 5, 14; Einigkeit I, 6, 6, 6, 11; Trebnitz I, 6, 4, 8, 8; Bundesfeld I, 6, 1, 11, 10.

Breslauer Hallenschwimmbad. Schwimmhallen für Männer und Frauen. Schwimmunterricht, Massage, Wannen-, Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation. Außer Sonntags täglich geöffnet von 8 bis 8 Uhr.

Bundestage Deutscher Arbeitersportverbände. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund hält seine Tagung am 25. bis 27. Juli in Hamburg ab; der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ am 17. bis 20. Juli in Karlsruhe; der Arbeiter-Athletenbund am 1. August in Berlin...

Eine Karte Zunahme des Badebetriebes kann Frankfurt am Main aufweisen. Nach einer von der Direktion der städtischen Bäder geführten Statistik wurden in dem am 31. März abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt 1 524 144 Bäder abgegeben...

Der „Freie Segler-Verband Groß-Berlin“ veranstaltete am Sonntag seine erste Segelregatta auf dem Müggelsee, an der sich über 160 Segelboote aller Größen beteiligten. Die großen Boote hatten den See dreimal zu runden...

Das 1. Bremer Arbeiter-Turn- und Sportfest fand am 3. und 4. Juli unter überaus zahlreicher Beteiligung der Bremer Bevölkerung statt. Am Samstag veranstalteten die Arbeiter-Turn- und Sportvereine eine sehr eindrucksvolle Jahrendemonstration...

Bei den letztjährlichen Schwimmwettbewerben in Maastricht-Duisburg die 400 Meter in 32,5 Minuten, die 1500 Meter in 214,5 Minuten, die 100 Meter in 12,4. Den Sportwart Franz Beckenbauer 23.06 Meter.

Wolke vom Rahl Sämtliche Aufnahmen vom Rahl sind... gegen sofortige Bezahlung im Bazar... des General-Lichtbüros abzugeben...

Freie Turnerschaft Breslau, Sämtliche Sport- und Spiel... alle Kinder- und Erwachsenen... Abteilungen finden sich am Mittwoch den 14. Juli...

Schwimmverein „Poseidon“, Mittwoch, den 14. Juli, abends 8 Uhr, tritt die 1. Handballmannschaft zum Spiel gegen die 5. Mannschaft auf dem Döbner Sportplatz an.

Sportverein „1897“, Am Sonntag fand auf dem Sternplatz in Gröben das erste Spiel der neu aufgestellten Handballmannschaft des SV 1897 gegen einen kombinierten Stern- und 4. Mannschaft spielenden Gegner statt...

Arbeiter-Athleten-Bund, Bezirk Breslau, Am Donnerstag den 15. Juli, abends 8 Uhr, Fortsetzung des Kampfrichter-Kurses in der Reger'schen Schule am Westpark. Die Vereine „Achilles“ und „Bero“ werden erlucht, endlich auch ihre Vertreter zu entsenden...

Vereinsneugründung, Am 4. Juni 1928 wurde das erste in Herrmannsdorf bei Breslau eine Arbeiter-Fußball-Abteilung ins Leben gerufen. Die Gründer der Abteilung waren die Sportschaffner Paul Schartz und Adolf Malzahn...

Münchener Fußballvereine, Der im Jahre 1922 zur Arbeitersportbewegung übergetretene Sportklub „Sparta 1911“ begeht jetzt im Juli dieses Jahres sein fünfjähriges Bestehen. Der Verein ist jetzt im Besitz eines eigenen eingedämmten Platzes...

14. Kreis, 1. Bezirk, Fußballvereine, Wir bitten, mindestens 50 Prozent der ausstehenden Bezirksergebnisse bis 15. Juli 1928 zu begleichen, anderenfalls ab Sonntag, den 25. Juli, Spielverbot erfolgt.

Spielpläne der Frühjahresserie. Tabelle mit Spalten für Verein, Spiele, Punkte, Tore und Spalten für Fortuna I, Wacker II, 1921 I, Dewig I, Einigkeit I, Trebnitz I, Bundesfeld I.

Schach. Bearb. vom Arbeiter-Schachverein Breslau. Aufschichten sind zu richten für Problemteil an: R. Ritter, Breslau 11, Büppelwisch 22; für Partienteil und Organisationsfragen an: D. Star Lorenz, Breslau 1, Albrechtstraße 18.

Schach. Aufgabe Nr. 45. R. Feld, Mannheimer Volksstimme. Weiß: Kh6, Da4, Te2, g5, Le8, g3, Sd5, Be4. Schwarz: Kc6, Tc6, g1, Ld8, f3, Bb7, e7, h8, h7. Matt in vier Zügen.

Lösung der Aufgabe Nr. 39. 1. Dg8-g8, Le8-l7. 2. Dg8-c8, Ta7-d7. 3. Dc8-c8#. Dameunterdrückung als Schachmatt; einige hübsche Vorführungen sind vorhanden.

Lösung der Aufgabe Nr. 40. 1. Sf6-e4, Lc7x1d. 2. Sc8-b6#. 1... Sd8x1d. 2. Se4-e5#. Die Feststellung wird durch Schließen des Turmes f4 aufgehoben, und die Drohung e3# so verhindert, darauf folgt immer ein anderes Matt.

Schachnachrichten. Breslau, Am Sonntag, den 27. Juni, weilten 9 Schachgenossen unserer Abteilung Gräbchen in Ohlau, um gegen Bries und Ohlau einen Freundschaftskampf auszuführen...

Spielpläne des Arbeiter-Schachvereins Breslau. R. Ritter, „Der Schachfreund“, Albrechtstraße 44, jeden Mittwoch, 8 Uhr. R. Ritter, „Der Schachfreund“, Albrechtstraße 44, jeden Freitag, 8 Uhr. R. Ritter, „Der Schachfreund“, Albrechtstraße 44, jeden Sonntag, 10 Uhr.